



- Protokoll

der 42. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: René Brigger (SP), Claudia Baumgartner (GLP), Anina Ineichen (GAB),
Johannes Sieber (GLP), Felix Wehrli (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

19.	Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität.....	2
20.	Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel.....	4
21.	Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung	8
22.	Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen	11
23.	Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung	14
24.	Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel	16
25.	Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern.....	20
26.	Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen	21
27.	Anzug 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostatakrebs-Vorsorge.....	25
28.	Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes.....	25
29.	Anzug 7 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft.....	29
30.	Anzug 8 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern	29



Beginn der 42. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 20:00 Uhr

19. Motion 1 Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität

[11.12.24 20:00:11, 24.5430.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachtsitzung. Wir machen nun in unserem Sitzungsadventskalender jenes Türchen auf, für das es im November nicht mehr gereicht hat. Das ist Traktandum 19 Motion 1, Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Olivier-Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich darf hier im Namen der LDP und der SVP zu diesem Thema reden.

Die Forderung nach einem Grundrecht für die digitale Integrität ist eigentlich ein wichtiger Schritt zum besseren Schutz unserer Privatsphäre, sofern wir nicht schon alles hineingeworfen haben, was wir können, weil wir sehr intensiv unsere Daten freiwillig und grosszügig im ganzen Internet verteilen, auch in rechtsfreien Zonen.

Wenn man allerdings sagt, wir möchten das umsetzen, dann ist einfach die Frage, wie man das umsetzt und welche Herausforderungen anstehen. Was ist digitale Integrität? Der Begriff ist vielseitig und umfasst viele Aspekte wie den Punkt Datenschutz, den die Motionäre aufgeführt haben, aber auch Datensicherheit, Anonymität, das Recht auf Vergessenwerden und das Recht auf ein Offline-Leben. Und da stellt sich die Frage, wie präzise die Definition überhaupt, ist, dass man damit etwas machen kann. Es besteht die Gefahr von Überschneidungen im bestehenden Grundrecht, wie zum Beispiel das Recht auf die freie Meinungsäusserung. Es ist auch das Recht der informationellen Selbstbestimmung zu nennen und es gibt relativ viele Aspekte, die sich überschneiden, die zum Teil zu Konflikten führen können.

Wir haben auch einen Konflikt in Sachen Innovation, also unvorhersehbare Entwicklungen. Ich denke jetzt gerade aktuell an Passwörter, dann kommt plötzlich die Quanten haben wir hier unsere Passwörter alle schön brav drin und jetzt kommen dann plötzlich Quantenrechner und die 20 Ziffern-Passwörter sind überhaupt nicht mehr gültig, weil man hacken könnte. Ich muss ehrlich sagen, wenn wir jetzt von Innovation sprechen, ich würde gut leben, wenn ich eine Firma gründen würde und sagen würde, dass ich die Identitäten im Internet reinigen würde. Die Frage ist nur, wie man das kann, weil die Daten sind überall und omnipräsent sind und die Durchsetzbarkeit eines nationalen Grundrechts auf digitaler Ebene ist schon schwierig genug, geschweige denn, dass wir das auf kantonaler Ebene durchsetzen könnten.

Die digitale Welt ist sehr hoch komplex. Die Überwachung und Durchsetzung von Datenschutzbestimmungen zeigen aktuell gerade auf, dass das Ganze einerseits technisch anspruchsvoll ist und dass es enorm viele Ressourcen fordert, um überhaupt nur den einen Teilaspekt bewältigen zu können.

Es geht auch um die Eigenverantwortung. Der Nutzen selber ist ja verantwortlich für das, was einen ins World Wide Web hineinhaut und dort haben wir einfach das Problem, dass die digitale Integrität wahrscheinlich schon sehr anspruchsvoll voll geworden ist. Wenn ich jetzt für alle 100 Leute hier drin das gerne bereinigen möchte, dann ist das heute technisch fast unmöglich.

Das Grundrecht auf digitale Integrität ist ein wichtiges Ziel, darüber müssen wir nicht streiten. Aber die Herausforderungen, die das auf kantonalen Ebene bietet, sind so vielfältig, dass man wirklich überlegen muss, wie das funktioniert, wenn wir es in die Verfassung nehmen würden. Wenn man sagen kann, dass ich ein Recht darauf habe, dann heisst das noch lange nicht, dass ich das Recht geltend machen kann. Wenn man das eher skeptisch anschaut, sieht man, dass die digitale Integrität in Sachen Grenzsetzung durchaus ein Riesenproblem darstellt. Wenn man den Datenschutz einfach noch als Teilbereich anschaut, sieht man, dass das US-Datenschutzrecht, das EU-Datenschutzrecht, an das sich die Schweiz jetzt angeschlossen hat, relativ schwierig umzusetzen ist.

Wenn man jetzt den Regierungsrat beauftragt, einen Vorschlag zu machen, wie das in die Verfassung hineinkommen könnte, werden sie am Schluss zur Schlussfolgerung kommen, dass es auch nicht umsetzbar ist und dass man aktuell auch keine Möglichkeiten hat, das bewältigen zu können.

In dem Sinn bitte ich Sie, das abzulehnen und Nein zu stimmen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der nächste Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Es geht hier darum, dass wir uns bei dieser Überweisung wirklich vertieft Gedanken darüber machen, dass der Staat die digitale Integrität fördert. Dies zu tun, wird heute nicht immer von staatlichen Stellen als besonders notwendig erachtet oder ist genügend notwendig. Der entscheidende Satz im Vorstoss ist im Grunde, dass mit dem Erlass eines Grundrechts zwar keine Wirkung auf Dritte entsteht, sondern dass diese sich auf das staatliche Handeln bezieht. Selbstverständlich gibt es eine Eigenverantwortung, selbstverständlich kann eine digitale Integrität nicht absolut geschützt werden, aber zumindest in Bezug auf Daten, die der Staat selbst sammelt über viele Bürgerinnen und Bürger, wäre es sehr wichtig, dass wir eine übergeordnete Zielvorgabe haben, dass der Staat dafür zu sorgen hat, dass diese Daten geschützt werden.

Gerade aus diesem Grund fände ich einen Verfassungsartikel zumindest sehr prüfenswert, weil es einer solchen Zielvorgabe in stärkerem Mass bedarf, als das heute der Fall ist, das heisst sowohl im präventiven Handeln (ich denke an den Datenschutz aber auch an das Handeln verschieden Ämter) als auch in Sachen Datensicherheit hat der Kanton in mancherlei Beziehung Nachholbedarf, und eine grundsätzliche Rechtsnorm könnte hier doch förderlich wirken. Dass das nicht vollkommen bis ins letzte Detail einklagbar wäre, erscheint mir auch klar, aber ich denke, es ist zumindest ein sehr prüfenswerter Gedanke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Olivier Battaglia. Sie wird angenommen.

Olivier Battaglia (LDP): Es gibt eine Differenzierung zwischen Staatsaufgaben und privaten Aufgaben und wie der Staat mit seinen Daten umzugehen hat. Wir müssen ihm die Daten geben und er hat auch heute schon eine Sorgfaltspflicht. Die Frage ist, wieso muss das in die Verfassung? Reichen die bestehenden Gesetze nicht, die sehr umfassend und detailliert sind?

Tim Cuénod (SP): Da bin ich mir nicht hinreichend sicher, zumindest fühlen sich manche denen vielleicht auch ungenügend verpflichtet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Motionär Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Danke für die Diskussion. Ich möchte nur noch einige Punkte, die Olivier-Battaglia angesprochen hat, aufnehmen. Vielleicht gleich zum ersten Punkt, der jetzt schon in der Zwischenfrage anklang und das als Eigenverantwortung deklariert wurde. Das mag vielleicht sein, aber die Daten sind schon da. Es ist nicht, dass etwas Neues geschaffen wird, sondern die Daten sind beim Staat. Und deswegen braucht es auch aus unserer Sicht diesen Schutz

Warum in die Verfassung? Wir haben ein sehr gutes Datenschutzgesetz, aber ich habe immer wieder den Eindruck, dass die ganze Frage der Digitalisierung, die Frage des Datenschutz nicht den Stellenwert hat, den es in Zeiten eines globalen Internets, globalen Kommunikationsmöglichkeiten, globalen Daten in globalen Clouds wirklich hat. Deswegen braucht es meiner Meinung einen Verfassungsgrundsatz, denn sonst ist der oder die Datenschutzbeauftragte die Kehrmachine für uns, der oder die dann immer wieder die Verfehlungen ausbügeln muss und sich eigentlich nur mit dem beschäftigt und nicht, dass das von Anfang an von den Verwaltungsstellen oder der Regierung so angedacht wird.

Es ist in dem Sinne auch jetzt nichts Neues. Es gibt ja schon bereits zwei Verfassungsbestimmungen. Es gibt eine in Genf, die von der FDP dort angestossen wurde, die sehr breit abgestützt war. Vor ein paar Wochen wurde im Kanton Neuchâtel abgestimmt 91 Prozent, alle Parteien waren dort dafür, ausser der FDP, glaube ich, es ist kantonal offenbar ein bisschen verschieden. Aber ich glaube, es gibt schon eine Diskussion darüber, es gab sie auch schon auf nationaler Ebene, was alles in einen solchen Verfassungstext zur digitalen Integrität gehört, was dieser umfassen könnte. Und ich glaube die jetzt vorgelegte Motion bildet diesen sehr gut ab, auch wenn gewisse Dinge schon drin sind. Wenn Sie die Steuererklärung anschauen, das Recht auf ein Offline-Leben gibt es, aber das hätte nun einen Verfassungsrang, den es bei zunehmender Digitalisierung der Verwaltung auch immer noch braucht.

Wie wird das umgesetzt? Es ist ein Grundrecht in der Verfassung, aber das hat natürlich eine indirekte Wirkung auf das ganze Verwaltungshandeln, auf das ganze Handeln des Staates, und das ist auch beabsichtigt, auch wenn man das dann



vielleicht nicht konkret auf einzelne Fälle oder ein konkretes Beispiel herunterbrechen kann. Das ist wie das Grundrecht auf eine physische oder eine psychische Integrität, die sich überschneiden kann oder mit anderen Grundrechten in Konflikt stehen kann bei spezifischen Fällen, und das muss ausgehandelt werden. So wie wir jetzt als Kanton aufgestellt sind, glaube ich, ist dieser Zusatz zu den Grundrechten am Schluss für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons ein Mehrwert, auch wenn ich mir wünschen würde, dass wir diese Regelung nicht brauchen würden, weil sie auf eidgenössischer Ebene ist. Aber solange dies nicht der Fall ist, ist es umso wichtiger, dass das im Kanton klar geregelt ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Olivier Battaglia an? Das ist der Fall und er darf sie stellen.

Olivier Battaglia (LDP): Sie und Tim Cuénod haben immer die Verwaltung und die öffentliche Hand genannt. In der Motion ziehen Sie auch die Privatpersonen mit ein. Wäre es dann nicht sinnvoll, nur etwas für die Verwaltung zu machen?

Oliver Thommen (GAB): Es handelt sich um ein Grundrecht und das betrifft alle, aber es geht natürlich um das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem staatlichen Handeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Olivier Battaglia. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005211, 11.12.24 20:15:27]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 65 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Motion 2 Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel

[11.12.24 20:15:41, 24.5463.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Diese Motion beziehungsweise das darin beworbene Konzept der 10-Minuten-Nachbarschaften spricht ein Problem an, das wir schon seit Jahren immer wieder benennen, das aber bisher systematisch ignoriert wurde, auch von der Partei und dem Arbeitgeber des Motionärs.

Basel-Stadt hat im Vergleich zur Einwohnerzahl viel zu viele Arbeitsplätze. Das führt nicht nur dazu, dass auf dem Wohnungsmarkt, der ja sowieso nicht als Markt wirklich funktioniert, ein sehr grosser Druck besteht und dazu, dass ungefähr



90'000 Menschen in die Stadt pendeln müssen, um hier zu arbeiten, um all diese Arbeitsplätze, die hier vorhanden sind, auch zu besetzen.

Warum ist das so? Hier ist diese Broschüre zur 10-Minuten Nachbarschaft sehr spannend. Es steht darin: 1960 hatten die Schweizer Städte genügend Wohnraum, auf zwei Einwohnende kam eine voll beschäftigte Person, ein ideales Verhältnis. Seither liess die Raumplanung aber ungleich mehr Arbeitsplätze als Wohnraum zu. Das Verhältnis ist heute oft 1 zu 1. Das trifft auch in etwa auf Basel zu. Ursache des Problems ist also nicht, dass zu wenig Wohnraum gebaut wurde, sondern die zu starke Konzentration von Arbeitsplätzen auf wenige Zentren in unserem Land, Basel ist eines davon.

Das Missverhältnis zwischen Arbeiten und Wohnen wird auch in den aktuellen Planungen der Entwicklungsareale weitergeführt. So sind beispielsweise im Dreispitz Nord oder im Klybeck plus jeweils fast so viele Arbeitsplätze wie Einwohnende geplant, und das bereits bei einer massiven Verdichtung. Einfach mehr Wohnraum einzugeben geht also nicht. Es braucht eine Verschiebung von Arbeitsplätzen zu Wohnflächen.

Diese Idee mit den 10-Minuten-Nachbarschaften oder diese Konzentration oder Überlegungen auf einzelne Quartiere ist interessant, es bringt aber relativ wenig, wenn in einem Quartier ein ideales Verhältnis besteht, wenn im Quartier daneben massiv viel zu viele Arbeitsplätze sind. Also noch wichtiger als dieser Nachbarschaftsgedanken ist, mal die ganze Stadt oder vielleicht die Situation im ganzen Kanton anzuschauen. Wir sind hier doch immer noch relativ nahe zusammen. Die meisten Orte lassen sich doch auch in 10, vielleicht auch 15 Minuten erreichen.

Überlegen wir mal, was es heissen würde, wenn wir das Verhältnis von Einwohnenden und Arbeitsplätzen einseitig mit einem Bevölkerungswachstum zu einem idealen Verhältnis bringen wollten, würde das eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl unseres Kantons bedeuten. Seien wir doch ehrlich, das ist weder möglich noch sinnvoll und auch nicht so gewollt. Es würde einen massiven Eingriff in den Baubestand bedeuten und eine massive Vertreibung der heute hier wohnenden Menschen. Auch die Auswirkung auf den Baubestand, auf die graue Energie und so weiter ist sicher nicht zu verachten.

Wenn man also die Tatsache akzeptiert, dass eine Verdoppelung der Bevölkerung nicht das Ziel sein kann, muss man die Motion eigentlich als Aufforderung für eine Neuorientierung der Kantonsentwicklung auf eine Postwachstumsgesellschaft und ein grundlegendes Hinterfragen der Basler Standortpolitik verstehen.

Wenn das so gemeint ist, dann sind wir Feuer und Flamme für diese Motion. Aber irgendwie habe ich da meine Zweifel. Wer 10-Minuten-Nachbarschaften fordert, müsste konsequenterweise auch darauf verzichten, neue Strassen zu fördern oder sich dafür einzusetzen, dass diese gebaut werden, und auch beim ÖV muss das Ziel nicht immer schneller und immer weiter sein, sondern ein zuverlässiges Angebot in allen Quartieren, das den Umstieg vom Auto auf den ÖV fördert und auch mobilitätseingeschränkten Menschen ermöglicht, die Ziele ihres täglichen Lebens selbstständig zu erreichen. Es geht um lebendige und begrünte öffentliche Räume, um die aktive Reduktion des Autoverkehrs, um Treffpunkte und nicht zuletzt um bezahlbaren Wohnraum.

Zusammengefasst kann man sagen, diese Motion spricht ein wichtiges Problem an, fokussiert aber zu einseitig auf die Verdichtung als angebliche Lösung. Unsere Fraktion ist deshalb offen in der Konsequenz, die einen sehen es als Chance, endlich mal das grundlegende Problem anzuschauen und ein sinnvollerer Verhältnis von Wohnen und Arbeitsplätzen gerade in den Entwicklungsarealen anzuschauen, die anderen lehnen die Motion ab, weil sie trotz vordergründig offener Formulierung einseitig auf eine maximale Verdichtung ausgerichtet ist, anstatt die starke und weiter zunehmende Konzentration von Arbeitsplätzen in Basel zu hinterfragen. Die Forderung nach einem Verhältnis von zwei Einwohnenden pro Arbeitsplatz ist richtig, aber wenn sie dazu missbraucht werden soll, eine weitere maximale Verdichtung und Verdrängung der Bevölkerung durchzusetzen, dann werden wir uns dagegen wehren müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen von den Herren Jenny und Seiler an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Können Sie mir bitte die Top 5 der Arbeitgeber angeben, die Sie aus Basel vertreiben wollen?

Tonja Zürcher (GAB): Nein, das kann ich nicht, denn es geht darum, ein sinnvolles Verhältnis zu erreichen und das ist eine Frage der Planung nicht der Vertreibung von bestimmten Arbeitgebern.

Daniel Seiler (FDP): Meinen Sie nicht, dass es eher die Arbeitsplätze sind, die Wohnen ermöglichen oder haben Sie das Gefühl, es ist umgekehrt, dass es der Wohnraum ist, der Arbeitsplätze ermöglicht?



Tonja Zürcher (GAB): Ich glaube, Räume produzieren keine Arbeitsplätze und Arbeitsplätze auch keine Räumen, schlussendlich sind es immer Menschen, die beides brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich muss zugeben, vieles, was Tonja Zürcher gesagt hat, trifft zu. Ich muss ihr da Recht geben und das ist auch der Grund, weshalb die SVP-Fraktion Ihnen beantragt, diese Motion nicht zu überweisen. Michael Hug bringt eine Idee im Spiel, die von einer Professorin erarbeitet worden ist, die natürlich bis zu einem gewissen Grad als Wissenschaftlerin einen gewissen visionären Charakter haben kann, aber in der praktischen Umsetzung hätte dieser Vorstoss dann doch sehr gravierende Auswirkungen -sie wurden teilweise auch von Tonja Zürcher bereits erwähnt -, sodass wir hier die Sinnhaftigkeit nicht sehen, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen, nicht einmal für eine Erstüberweisung, denn ich muss Ihnen ganz ehrlicherweise sagen, ich finde das Instrument der Motion sehr skurril, weil der Regierungsrat uns dann innerhalb von 3 Monaten berichten müsste. Aber was soll er innerhalb von 3 Monaten uns dazu berichten, ausser dass er uns dann vielleicht sagen würde, es ist nicht umsetzbar, schreiben Sie ab oder überweisen Sie es als Anzug. Dann sind wir wieder etwa gleich weit. Auch die in der Motion gesetzte Frist von glaube ich 18 Monaten, scheint mir für dieses doch sehr grosse Fass, das Michael Hug hier aufmacht, etwas schwierig. Ich sehe nicht, wie der Kanton Basel-Stadt, der ja schon bei teilweise einfacheren Planungen wie zum Beispiel einer Tennishalle sehr viel länger braucht, uns innert 18 Monaten etwas Kluges und Geeignetes auf den Tisch legen kann.

Deshalb glaube ich, dass die Idee aus einem Denklabor stammen könnte, wo sehr viel kluge Menschen sich Gedanken darüber machen, wie die Welt in der Zukunft aussieht. Das ist sicherlich sehr spannend. Ich finde, das ist aber eine Ebene, auf welcher wir uns im Grossen Rat nicht bewegen sollte, auch wenn natürlich das Grundthema, das Michael Hug mit diesem Vorstoss adressieren möchte, durchaus seine Berechtigung hat. Wir zweifeln aber, ob dies das richtige Instrument ist und ob diese 10-Minuten-Nachbarschaft das richtige Konzept wäre. Denn - und das werden jetzt viele hier nicht gerne hören wollen -, ein grosses oder fast das grösste Problem der fehlenden Wohnungen, der Wohnungsknappheit, auch der Gentrifizierung unserer Gesellschaft ist die Zuwanderung. Sie wollen die Zuwanderung nicht begrenzen und haben zugelassen, dass in den letzten Jahrzehnten unser Land auf über 9 Millionen Menschen angewachsen ist. Sie wollen die Zuwanderung weiterhin nicht bremsen, obschon es dazu auch ein Verfassungsauftrag gibt seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP. Sie lehnen mutmasslich, auch Michael Hug, die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ab, die Massnahmen einverlangt, wenn die Bevölkerung über 9,5 Millionen in unserem Land anwächst.

Das wäre eine konkrete Antwort auf Ihren Vorstoss. Wir müssen die Zuwanderung begrenzen. Wir merken, dass diese Zuwanderung negative Effekte hat. Nicht per se ist die Zuwanderung etwas Schlechtes, verstehen Sie mich nicht falsch, aber wir spüren, dass diese Zuwanderung in dieser Grössenordnung unser System überfordert. Und auf diese Frage müssten Sie zuerst eine Antwort finden. Dann können wir auch über Themen wie Arbeitswege, pendeln, über die Gentrifizierung, aber beispielsweise auch über die anhaltende Vernichtung von Grünflächen, auch in unserem Kanton sprechen.

Aber bevor wir dieses Problem nicht lösen, glaube ich, bleibt Ihr Vorstoss eine gut gemeinte Utopie. Wir sehen nicht, wie der Regierungsrat hier uns auch nur ansatzweise etwas Substantielles dazu berichten kann und haben uns deshalb entschieden, Ihnen zu beantragen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Also ich muss entschieden dem widersprechen, dass die Zuwanderung das Wohnungsproblem verursacht. Schweizweit sieht man das, es wurde mehr gebaut als die Zuwanderung war, das können Sie in absoluten Zahlen nachlesen, und nehmen Sie unseren Kanton. Wir haben immer noch eine vergleichsweise hohe Leerstandsquote, also die Zuwanderung nach Basel ist ja quasi dann auch nur bei 1'000 Menschen pro Jahr.

Wo ich aber Joël Thüring recht gebe, ist, dass Professorin Sibylle Wälty ein interessantes Konzept macht. Ja, es kommt aus der Laborküche, ja, es ist super akademisch und ja, man könnte sich das mal anschauen mit diesen 10-MinutenNachbarschaft. Denn es ist eine interessante Idee. Und das ist auch der Grund, weshalb die SP heute Abend hier für die erste Überweisung dieser Motion sich stark macht. Eigentlich wir das eher als Thema für einen Anzug wäre, aber ja machen wir jetzt einmal diese Erstüberweisung.

Und da möchte ich auch dem Autor dieser Motion, die Ausführungen von Sibylle Wälty schon noch mitgeben. Sie leitet ihr Hauptargumente aus einem Verhältnis ab zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraumangeboten und daneben quasi die Erreichbarkeit in diesen 500 Metern, in dieser 10-minütigen Gehdistanz. Und das ist genau die Laborsituation. Es ist eigentlich eine sehr vereinfachte Angebot-Nachfrage-Setzung. und dann sind wir genau wieder im Problem. Auf der einen Seite haben wir die Zuwanderung, die schuld ist am Wohnproblem und auf der anderen Seite haben wir die, bauen, bauen



und bauen wollen, um die Wohnungsfrage zu lösen. Und jetzt muss man den Text von Sibylle Wälty genau lesen. Sie sagt nämlich, dass nämlich noch etwas anderes wichtig ist, dass nämlich ganz viel Wohnraum zu teuer ist. Und zu Teure ist dann schon der Mechanismus, wo wir über diese grösseren stadtentwicklerischen Perspektiven von Gentrifizierung sprechen könnten.

Gehen wir mit unserer Motion, überweisen wir die heute. Ich habe auch eine sehr hoffnungsvolle Perspektive, die gibt uns Sibylle Wälty auch gerade mit, weil sie sagt, dass es schon 10 Minuten-Nachbarschaften bei uns im Kanton gibt. Das Matthäusquartier entspricht dem, das Gundeli entspricht dem, entsprechend diesem sehr theoretischen Konzept.

Ich denke, das jetzt dem Regierungsrat mitzugeben, die Verwaltung eine Antwort auszuarbeiten, eine Stellungnahme innert 3 Monaten, ist sicherlich der richtige Weg. Und dann nehme ich den Motionären beim Wort, dass, wenn es dann weitergehen würde, der Einbezug der ansässigen Menschen ein wichtiger Bestandteil ist. Und somit denke ich, haben wir hier wirklich einen interessanten theoretischen Ansatz in eine Motion verpackt, und ich hoffe, wir werden sie mal zur Stellungnahme erstüberweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage von David Jenny wird angenommen.

David Jenny (FDP): War eine zehnminütige Debatte nicht genug der Ehre für eine solche Idee?

Ivo Balmer (SP): Das ist eine sehr interessante Frage und ich beantworte sie in 3 Monaten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ivo Balmer, vielleicht haben Sie einmal das Wort Dichtestress gehört, Wort des Jahres vor sechs oder sieben Jahren. Ich bin sehr dankbar, dass Joël Thüring die Zuwanderung angesprochen hat. Im Bild am Sonntag vom 28. November 2024 steht, dass die Migrationspolitik längst sozialer Sprengstoff geworden ist. Das dürfte mittlerweile auch dem letzten Träumer klar geworden sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Motionär angelangt, der nun das Wort hat.

Michael Hug (LDP): Ich meine an David Jenny gerichtet, dass diese Idee mehr wert ist als eine 10-minütige Diskussion, weshalb ich nun noch ein paar Worte dazu sagen möchte.

Vielleicht ganz kurz an Tonja Zürcher: Ja, wir haben viele Arbeitsflächen, im Vergleich zu anderen Regionen kann ich nicht sagen zu viele, denn sie sind entscheidend für den Wohlstand, den wir in unserer Region haben, den Wohlstand, der auch soziale Aufgaben finanzieren kann und das ist sehr wichtig so. Diese Grundlagen wollen wir nicht in Frage stellen.

Zur Zuwanderungsdebatte will ich nur sagen, dass eine Studie von Sotomo klar aufzeigt, dass, wenn neue Wohnungen gebaut werden, die meisten Personen, die in diese neuen Wohnungen ziehen, Personen sind, die bereits im Umfeld leben und zwar ist dieser Wert signifikant. Und diese Wohnungen werden dann wieder von Personen im weiteren Umfeld bezogen. Dies hat übrigens auch den Effekt, dass die Preise nicht weiter gegen oben getrieben werden, also ein Effekt, der aus wohn- und sozialpolitischen Massnahmen sicher gewünscht wird, das heisst bauen wir Wohnraum dort, wo es sinnvoll ist zu entwickeln.

Noch kurz eine Bemerkung an Ivo Balmer und Joël Thüring: Ich habe bewusst die Form einer Motion gewählt und nicht den Anzug, weil wir haben Zeitproblem. Wir haben grosse Planungen bei den Transformationsarealen. Mein Punkt ist nicht, dass es umgesetzt ist innerhalb von 3 Monaten. Mein Punkt ist, dass ein Konzept vorgelegt wird. Sie wissen alle, die Richtplanung ist nicht in der Kompetenz des Parlaments, sondern in der Kompetenz der Regierung. Das ist in jedem Kanton unterschiedlich, bei uns ist es so. Unsere Kompetenz ist die Nutzungsplanung und die will ich nicht direkt anfassen. Das heisst mit einem Konzept habe ich die Hoffnung, dass die Regierung auch aufzeigt, wo beispielsweise es sinnvoll ist, Entwicklungen stattfinden zu lassen. Denken Sie an die Nauenstrassen, wo hohe Häuser schon geplant oder gebaut sind, denken Sie an die Clarastrasse Richtung Messe. Dort macht es Sinn zu entwickeln, aber unsere Baugesetze und weitere Faktoren verunmöglichen dies, erschweren dies und das ist nicht im Sinne einer nationalen Volksabstimmung wo aus dem Jahr 2000 getragen sind, die das neue Raumplanungsgesetz umsetzte. Das wurde durch das Stimmstimmvolk mit einer



extrem hohen Mehrheit angenommen. Es waren über 70 Prozent, wenn ich mich nicht täusche. Und diese Vorlage wollte, dass der Zersiedelung und der Verbauung unserer noch bestehenden Landschaftsflächen entgegengewirkt wird.

Dennoch täglich werden in der Schweiz Grünflächen von der Grösse von etwa sieben Fussballfeldern neu überbaut und auch mit unwiederbringlich zerstört. Basel trägt dazu bei durch eine fehlgeleitete Wohnpolitik, die den Wohnungsbau hemmt. Dies ist erheblich. Wir müssen aber dort bauen, wo bereits Siedlungsstrukturen existieren, das ist sehr logisch aus diesem Auftrag heraus, und wo die Menschen arbeiten. Sonst sind Sie eben angewiesen auf das Auto, was wieder Stau generiert und jetzt, wo das Stimmvolk die nationale Vorlage des Strassenausbaus abgelehnt haben, wird sich dieses Problem noch akzentuieren, was wiederum dafür ein Argument ist, dass dort entwickeln sollen, wo die städtischen Gebiete, wo die Siedlungen bereits sind.

Das Konzept der 10-Minuten-Nachbarschaft bietet die Möglichkeit, unsere Stadt nachhaltig, lebendig und zukunftsorientiert zu gestalten. Es schafft Quartiere, in denen alles Wesentliche von Schulen über Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu kulturellen Angeboten und Grünflächen innerhalb dieser 10 Minuten zu Fuss oder mit dem Velo erreichbar ist. Dieses Konzept bedarf einer Bevölkerung in einem Quartier von 10'000 Menschen, die dort wohnen und 5'000, die dort arbeiten. Es wurde schon gesagt, im Matthäusquartier ist dies schon bereits der Fall, im Gundeli ebenfalls. Und jetzt geht es darum, in einem Konzept zu schauen, wo man dies auch noch möglich machen kann. Ich rede nicht vom Bruderholz, wo vor allem gewohnt wird, aber es gibt noch andere Gebiete, wo das sinnvoll ist.

Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Tonja Zürcher. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 24 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005213, 11.12.24 20:38:34]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wurde überwiesen mit 64 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

21. Motion 3 Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung

[11.12.24 20:38:48, 24.5464.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich darf auch im Namen der FDP sprechen. Die Fraktionen der FDP und der LDP lehnen diese Motion ab.



Es ist ein bisschen fast schon gemeines Anliegen oder gemeine Betitelung, denn selbstverständlich sind wir nicht dagegen, dass man die Zahl der Toten und Verletzten im Strassenverkehr möglichst verringert, von mir aus gerne die Vision Zero, die ja damals schon Verkehrsminister Leuenberger einmal vorgestellt hat, dass man dies als Ziel nimmt. Selbstverständlich sind auch wir dafür. Wir sind aber der Meinung, dass dies eine Bundessache ist, dass das schweizerische Strassenverkehrsgesetz eine Bundesangelegenheit ist und dass man, wie auch im Text der Motion beschrieben, hier den Bund, der ja bereits daran ist, entsprechend Regeln zu machen, gewähren lässt.

Ausserdem wird ja schon sehr viel auf kantonaler Ebene getan, das ist auch Teil der Legislaturplanung. Hier noch mit einer Motion einfach nur für Arbeit zu sorgen und für eine weitere Motivation zu sorgen, dass möglichst viele Umleitungen und Verkehrshindernisse für den motorisierten Verkehr gemacht werden unter dem Vorwand der Vision Zero, das sehen wir gar nicht ein.

Lassen Sie bitte die begonnenen Arbeiten weiterfahren und bürden Sie nicht sinnlose neue Arbeit auf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): André Auderset hat es soeben gesagt, niemand kann im Ernst hier finden, es brauche nicht weniger Tote und Schwerverletzte. Da sind wir uns doch absolut einig.

Seit dem Jahr 2020 haben wir hier leider eine betrübliche Trendwende, sowohl die Zahl der Schwerverletzten wie auch die Zahl der Toten nimmt zu. Wir hatten im Jahr 2023 drei Tote und 108 Schwerverletzte mehr, also eine Zunahme einer Person bei den Toten und 14 bei den Schwerverletzten. André Auderset hat sich soeben widersprochen. Einerseits sagt er, es sei eine Sache des Bundes und andererseits sagt er, kantonale Ebene werde ja schon genug getan. Der Kanton kann etwas machen und er soll etwas machen. Er ist ja auch im kantonalen Legislaturplan, und ich verstehe nicht, dass man jetzt dagegen sein soll, dass der Kanton für diese Vision so viel macht wie er kann und unternimmt, was nur unternommen werden kann. Es ist wirklich auch konkret wichtig, dass vor allem die Zufussgehenden und die Velofahrer:innen besser geschützt werden.

Und somit bitte ich Sie doch herzlich, dieser Vision ein Ja zu geben. Das ist wahrscheinlich eine der wichtigeren und sicher nicht eine der unnötigen Arbeitsbeschaffungsmotionen, über die wir hier manchmal auch reden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Es widerspricht hier offenbar niemand, wenn man sagt, dass jede im Strassenverkehr verletzte oder getötete Person eine zu viel ist. Im Strassenverkehr getötete und verletzte Personen sind aber nicht einfach unausweichlich. Wie viele Opfer der Strassenverkehr fordert, hängt von verschiedenen Faktoren ab, zum Beispiel von der Sicherheit der Fahrzeuge, dem Verhalten der Verkehrsteilnehmenden, der Gestaltung des Verkehrsraums, den Verkehrsregeln und deren Durchsetzung, dem Verkehrsregime etc.

Und auf viele dieser Faktoren hat die Politik Einfluss, auch die kantonale Politik. Das zeigt sich daran, dass es zwischen den Ländern grosse Unterschiede gibt. In den Verkehrsunfallzahlen, beispielsweise auf 1 Million Einwohner gerechnet sterben in den USA jedes Jahr 129 Personen im Strassenverkehr. In der EU sind es im Durchschnitt 46, in Deutschland 34 und in der Schweiz 22. Das waren die Zahlen von 2023.

Heisst das nun, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen können? Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass wir das natürlich nicht können, denn auch wir hatten schon gefährlichere Strassen als heute. Diese Verbesserungen, die wir erreicht haben, haben sich eingestellt durch strengere Sicherheitsvorschriften für Fahrzeuge, strengere Verkehrsregeln, inklusive einer konsequenteren Durchsetzung, eine sicherere Gestaltung des Verkehrsraums, niedrigere Tempolimits und diverse weitere Massnahmen. Diesen Weg müssen wir weitergehen mit dem Ziel vor Augen Null Verkehrstote oder eben Vision Zero. Denn wie anfangs gesagt, jede im Strassenverkehr getötete und verletzte Person ist eine zu viel, und dagegen soll man wirklich einfach alles machen, was man kann.

Wir Grünliberalen werden deshalb für die Überweisung dieser Motion stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zwei Zwischenfragen werden angenommen. Zuerst hat Daniel Seiler das Wort.



Daniel Seiler (FDP): In der Motion reden wir allgemein von Verkehr. Sie haben jetzt nur über Strassenverkehr geredet. Wenn ich mir die letzten Todesopfer anschau, die wir leider zu verzeichnen haben, betreffen diese vielfach auch in dieser Stadt Tram und Fussgänger. Wie schätzen Sie das ein bzw. wie wollen Sie das einbinden?

Lukas Bollack (GLP): Genau gleich, das sind auch Verkehrssituationen, die man sicherer oder gefährlicher gestalten kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage war ein Versehen. Damit sind wir bei Raphael Fuhrer für ein Einzelvotum.

Raphael Fuhrer (GAB): Das schweizerische Strassenverkehrsgesetz wurde von André Auderset für die LDP und FDP genannt, und weil es ein nationales Gesetz ist, heisst das ja noch lange nicht, dass es den Kanton nicht betrifft. Dort steht für mich drin, dass die Strasseneigner zuständig sind für die Sicherstellung bei der Planung und bei Betrieb des Strassennetzes. Also damit ist es eigentlich klar und der Kanton Basel-Stadt ist nun mal der Strasseneigner, und weil die Bürgergemeinden Basel die Kompetenzen weitergegeben hat eben auch nicht nur für die Kantonsstrassen, sondern auch für die kommunalen Strassen.

Und der zweite Punkt, der alte Legislaturplan, der bereits abgelaufen ist, beinhaltete tatsächlich eine Aussage zur Verkehrssicherheit. Es gab dann auch einen sogenannten Verkehrssicherheitsplan, wozu wahrscheinlich alle Parteien, die hier vertreten sind, eine Stellungnahme abgegeben haben, sich Gedanken gemacht haben in ihren Arbeitsgruppen das angeschaut haben, und das war 2019/2020. Seither hat man gar nichts mehr gehört.

Was ich schon auch bezeichnend finde ist, dass sich niemand mehr von den weiteren bürgerlichen Fraktionen eingetragen hat, und auch im Votum von André Auderset für FDP und LDP habe ich eigentlich gar nichts Konkretes gehört, was denn jetzt schon genug gemacht wird. Es wurde von den angelaufenen Arbeiten und von den laufenden Massnahmen gesprochen, aber was konkret genug ist, das weiss ich bis jetzt nicht und darum habe ich bis jetzt auch kein Argument gehört, warum man hier dagegen sein soll. Es ist eben nicht so, dass die Massnahmen offensichtlich auf dem Tisch liegen und wie das auch Christine Keller richtig gesagt hat, der Trend in die richtige Richtung zeigt, sondern eben in die andere.

Und hier geht es um die verletzlichsten Verkehrsteilnehmer:innen, konkret um den Fuss- und Veloverkehr. Die sind natürlich besonders exponiert, weil sie einfach sehr ungeschützt im Verkehrsraum unterwegs sind. Und wenn ich schon bei dem Thema bin, würde ich gerne für die nächste Motion auch noch ein, zwei Sätze sagen. Schulkinder, sind natürlich innerhalb der verletzlichsten Verkehrsteilnehmer:innen dann noch die, die erst am Lernen sind, was eine gefährliche Situation heisst und was es heisst, dass auch mein eigenes Verhalten gefährlich sein kann. Und gerade dort ist es natürlich besonders wichtig, dass wir konkrete, zielführende und wirksame Massnahmen haben. Und es ist die Erfahrung von vielen Eltern, dass das nicht so vorwärts geht, wie es sein sollte. Und darum gibt es diese zwei Emotionen. ,und ich bitte Sie im Namen des GAB, beide zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir bei der Motionärin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Vision Zero verfolgt das Ziel eines Verkehrs ohne Tote und Schwerverletzte und sogar das ASTRA, das ja nicht gerade extrem gegen der Autoverkehr ist, setzt sich als Ziel, die Toten und Schwerverletzten im Verkehr zu verringern. Aber das ist sicher keine reine Bundessache, sondern da hat der Kanton wirklich ein Wörtchen mitzureden und hat auch Aktivitäten zu ergreifen.

Ich bin nun wirklich keine Verkehrspolitikerin und daher völlig unverdächtig. Doch die Vision Zero bewegt mich schon seit sehr langer Zeit. Als dreifache Mutter, mittlerweile zweifache Grossmutter und bis vor Kurzem Begleiterin meiner betagten Mutter, die mit dem Rollator unterwegs war, kenne ich die Perspektive der schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen sehr gut, und mich erfüllt mit Sorgen, wenn ich mit bekomme, dass die Verkehrsstatistik im Bereich der Toten und Verletzten keine Verbesserung, sondern sogar eine Zunahme zeigt oder die Zahlen im besten Fall so vor sich hindümpeln.

Ich bin mit meiner Sorge nicht allein. Das zeigt auch die Petition mit dem Manifest für eine Vision Zero für Basel, die kürzlich eingereicht wurde. Auch die Absichtserklärungen des Regierungsrats im Legislaturplan dümpeln eben auch so vor sich hin. Es wurde uns mal ein Verkehrssicherheitsplan versprochen, wie Raphael Fuhrer erwähnt hat. In welcher Schublade ist denn der verschwunden? Stattdessen wird im aktuellen Legislaturplan von einer effizienten, stadtgerechten und sicheren Mobilität mit kurzen Wegen gesprochen.



Immerhin ist der Regierungsrat bereit, diese Motion entgegenzunehmen, also die Schublade wieder aufzumachen und sich diese schlimme Arbeit wieder aufzubürden. Aber für mich ist es dann schon eine Frage. Im Legislaturplanplan ist die Rede von effizienter Mobilität. Was heisst denn das? Heisst das einfach, dass Autofahrende möglichst rasch von A nach B kommen sollen? Effizienz beisst sich vielleicht mit der gewünschten Sicherheit, und das müssen wir halt an auch anschauen.

Die Petition, die ich vorher erwähnt habe, stellt konkrete und meiner Ansicht nach sehr kluge Forderungen, aber meine Motion ist da viel offener. Mich würde eigentlich sehr beruhigen, wenn wir einen Verkehrssicherheitsplan hätten. Denn ich stelle mir vor, dass dies Einfluss hätte auf die zukünftige Verkehrsplanung. Und das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, ein kleiner Schritt in Richtung der Erfüllung der Vision Zero.

Es ist wirklich an der Zeit, dass wir die Verkehrsplanung, die allgemeine Sicherheit und insbesondere die Sicherheit der Fussgänger:innen und Velofahrer:innen ins Zentrum stellen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von André Auderset. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005215, 11.12.24 20:52:43]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 52 Ja-Stimmen 39 Nein-Stimmen.

22. Motion 4 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen

[11.12.24 20:52:56, 24.5465.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion spreche ich mich gegen die Überweisung dieser Motion aus. Lassen Sie uns die Dinge beim Namen nennen. Diese Motion geht nicht um die Sicherheit der Schulwege. Das behauptete Ziel ist lediglich ein Vorwand. In Wahrheit dient dieser Vorstoss einzig und allein dazu, die ideologisch motivierte Verkehrspolitik voranzutreiben. Die ewigen Autohasser greifen hier wieder einmal tief in die populistische Trickkiste, um den motorisierten Individualverkehr aus unseren Städten zu verdrängen. Diese Strategie ist nicht nur altbekannt, sondern schlicht unseriös. Jede Gelegenheit wird genutzt, um das Auto zum Sündenbock zu machen, ohne Rücksicht auf die Fakten oder die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen.

Diese Motion ist nicht nur eine Fortsetzung dieser einseitigen Kampagne, sondern auch inhaltslos, haltlos. Sie ignoriert grundlegende Zusammenhänge der Verkehrssicherheit und konzentriert sich ausschliesslich auf das Tempo des motorisierten Verkehrs. Doch wie ich Ihnen gleich aufzeigen werde, liegen die tatsächlichen Probleme an ganz anderer Stelle. Ein genauer Blick auf die Unfallstatistik verdeutlicht, dass die Herausforderungen im Verkehr keineswegs allein beim



Autoverkehr liegen. 2023 wurden 110 Unfälle zwischen Velofahrenden und Fussgängern registriert. Bemerkenswert dabei, in rund 75 Prozent der Fälle waren Velofahrer die Hauptverursacher. Tragischerweise endeten zwei dieser Unfälle tödlich.

Diese Zahlen zeigen klar, dass das wachsende Sicherheitsrisiko im Verkehr zunehmend von Velofahrenden ausgeht. Dies ist insbesondere angesichts der steigenden Zahl schneller E Bikes und schwerer Lastenvelos alarmierend. Diese Fahrzeuge werden immer schwerer, schneller und stellen eine zunehmende Gefahr dar, insbesondere für ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen, weil viele Fahrer oft weniger aufmerksam oder rücksichtsvoll unterwegs sind.

Doch statt hier endlich aktiv zu werden, wird erneut allein das Auto ins Visier genommen. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich zwei tödliche Unfälle mit Autos, bei denen Seniorinnen auf Fussgängerstreifen angefahren wurden. Jedes einzelne Opfer ist eine Tragödie und dennoch zeigt der Vergleich: Wir haben kein systematisches Problem mit dem Autoverkehr. Die pauschale Verteufelung des motorisierten Verkehrs ist daher wieder gerechtfertigt noch zielführend. Stattdessen gilt, Tempo allein ist nicht der Schlüssel zur Verkehrssicherheit. Aufmerksamkeit, vorausschauendes Verhalten und Bremsbereitschaft aller Verkehrsteilnehmenden sind entscheidend. Wer diese Motion unterstützt, blendet diese Realität aus und verfolgt eine einseitige, ideologisch getriebene Agenda, die den Gesamtzusammenhang ignoriert.

Vision Zero ist ein wichtiges Ziel, doch es braucht eine realistische und differenzierte Verkehrspolitik. Anstelle populistischer Vorstösse, die ausschliesslich den Autoverkehr ins Visier nehmen, sollten wir die Sicherheit durch Sensibilisierung, Prävention und Infrastrukturmassnahmen fördern, die ein respektvolles Miteinander ermöglichen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Verkehrspolitik weiterhin durch ideologische Scheuklappen verzerrt wird. Das Auto ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil moderner Mobilität, und diese Realität können auch die Autohasser nicht wegdiskutieren.

Ich danke Ihnen im Namen der SVP-Fraktion für die Nichtüberweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Es geht tatsächlich um den Schulweg, tatsächlich, das darf mir meine Vorrednerin glauben und sicher auch der Motionärin. Der Schulweg ist ein ganz besonderer Erlebnisraum und allen kommen bestimmt viele Erinnerungen auf an Erlebnisse auf unseren Schulwegen. Freund- und Liebschaften, die entstanden und vergingen, Streiche, Gespräche, Streitereien, alles war dabei. Der Schulweg bietet enorm viel für das Soziale, aber auch als Übergangs- und Bewegungsraum zwischen Schule und Zuhause, wo man den Kopf lüften kann und sich früh selbstständig im Stadtraum bewegen darf.

Ich als Baselbieter Dorfkind war immer neidisch auf die Kinder und Jugendlichen, die in der coolen Stadt aufgewachsen sind, und ich stellte mir ihre Schulwege viel spannender vor als meinen durch die Einfamilienhäuserreihen. Mir war damals nicht bewusst, wie wenig Schulkinder als Verkehrsteilnehmende mitgedacht werden, wie klein sich ein Schulkind in der Stadt fühlt, Lastwagen, Baustellen, Anlieferungen, Tram, Autos, E-Trottinets, Velos, sie alle wuseln um einen herum, sind grösser und beachteter.

In mir drinsitzt ein tiefer Glaube an das Recht eines Schulkindes auf eine sichere Teilnahme am Stadtverkehr, ein Recht auf einen selbstständigen Schulweg. Es gibt ja auch die Schulpflicht. Wir können mehr tun, um diesem Recht gerecht zu werden. Wir haben schon 2017 eine Motion überwiesen, aber wir warten immer noch auf die Antworten. Ein schrecklicher Unfall hat mich und mein Quartier seither kräftig durchgerüttelt und dabei schmerzlich verdeutlicht, welche Lücken das System in der Schulwegsicherheit hat.

Was diese Motion will, ist nicht das Ende des Autoverkehrs. Es ist schlussendlich, dass mehr mit Kinderaugen geplant wird, Velo- und Fusswege getrennt werden, Übergangszeiten verlängert, Mittelinseln geschaffen, Konfliktgründe vermieden und Fahrzeuge langsamer werden, dass Unterrichtszeiten sensible Zufahrtenregelungen gefunden werden, und dass, und das liegt mir besonders am Herzen, Rückmeldungen zu Gefahrenstellen schneller geprüft und ernstgenommen werden. Eltern nehmen nämlich die Gefahren oft wahr und melden sie auch. Das ist doch eine Ressource, eine kostenlose noch dazu, die viel ernsthafter einfliessen muss. Auch wir Eltern brauchen definitiv mehr Gehör in der Stadtplanung.

Die Kinder können sich hier nicht selber vertreten, aber sie haben einen sicheren Stadtraum verdient. Sie sollen unbeschwert in die Schule gehen und auf dem Schulweg Freundschaften knüpfen oder kündigen können. Der Regierungsrat muss sich dem Thema jetzt annehmen und Kinder als Verkehrsteilnehmende höher Gewichten.

Darum bitte ich Sie um Überweisung dieser Motion und ich bin sehr froh, dass der Regierungsrat bereit ist, sie zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergéat.



Jo Vergeat (GAB): Ich habe mir fest vorgenommen, diese Nachtsitzung nicht weiter in die Länge zu ziehen, aber ich möchte hier schon nochmal ganz kurz das Wort für die Kinder, die jüngsten in unserer Gesellschaft ergreifen. Ich weiss nicht, wer diese Motion lesen kann und behauptet, es sei eine Motion, die sich gegen das Auto stellt. Ich glaube, gerade hier ist es unsere Verantwortung, dass wir aufhören, die Verkehrsteilnehmer aufzuspalten. Es ist wichtig, dass unsere Kinder einen sicheren Weg, einen sicheren Platz in dieser Stadt haben, und das ist die Verantwortung von uns allen, ja auch von den Velofahrer:innen, die müssen sich auch an diese Massnahmen und Regeln halten, aber auch für die Autofahrer:innen.

Ich verwehre mich einfach dagegen, dass wir daraus jetzt irgendeinen Spaltungskampf machen. Es geht um die Jüngsten unserer Gesellschaft und es ist unsere Verantwortung, dass wir diese Schulwege sichern. Ich kann Ihnen versichern, ich habe auch viele Erfahrungen gerade in der Innenstadt mit jungen Kindern, diese Schulwege sind nicht sicher, sie sind nicht einfach, sie sind extrem komplex, sie sind extrem unklar und wir müssen da dringend und schnell Verbesserung schaffen in der ganzen Stadt und nicht erst reagieren, wenn schlimme Unfälle passieren.

Das hat hier also nichts zu tun damit, wer lieber Auto oder Velo oder E-Trottinett fährt, sondern mit der Sicherheit der Kleinsten, und das ist unsere Verantwortung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist richtig spannend, Jo Vergeat, weil Sie sagen, Sie wollen es nicht in die Länge ziehen. Aber wir sind ja hier, um zu reden. Was die Person von der SVP gesagt hat, ist vollkommen richtig. Das ist ein ideologisches Projekt. In den Zeitungen, auch linken Zeitungen, steht, dass die Grünen ideologische Projekte für ihre Gesinnung im Deckmantel missbrauchen. Das ist eine Deckmantelpolitik, mit der andere Sachen verschleiert werden. Ihnen geht es gar nicht um die Kinder. Ihnen geht es um Ideologie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ja, wir haben es heute Abend schon ein einige Male gehört. Es müsste eigentlich selbstverständlich sein, dass unsere Kinder sicher und selbstständig zur Schule, in den Kindergarten, zum Spielplatz oder zum Sportplatz gehen können. Und niemand würde bewusst sagen, es ist okay, dass auf unseren Strassen in unserem Kanton Kinder verletzt oder getötet werden. Aber trotzdem geschieht es, wobei, «es geschieht» nicht wirklich die richtige Formulierung ist. Die meisten Unfälle passieren nicht einfach. Sie sind die Folge einer falsch ausgerichteten Infrastruktur, zum Beispiel, weil die Sicht auf Strassenquerungen, versperrt ist oder von zu hohen Geschwindigkeiten oder von der Verkehrssteuerung wie beispielsweise mit einem gefährlichen und stark verunsichernden Konfliktgrün.

Viele, ich würde sogar sagen, die meisten dieser Unfälle könnten wir verhindern, wenn der Verkehr Fehler reduzierend und fehlerfrei gestaltet werden könnte. Das heisst, dass auch eine kleine Unaufmerksamkeit ohne schwerwiegende Folgen bleiben wird. Das Ziel muss sein Null Verkehrstote und Null Schwerverletzte, egal, mit welchem Verkehrsmittel sie unterwegs sind, aber hier ganz besonders für die Schulkinder.

Natürlich kann auch die beste Infrastruktur, Signalisation, Verkehrssteuerung und so weiter das Risiko nicht ganz auf Null senken, aber wir sollten jeden Unfall verhindern, den wir verhindern können. Ein sicherer Schulweg, das wurde auch bereits erwähnt, ist nicht nur wichtig für das Verhindern von Unfällen, sondern auch für das Erlernen der Selbständigkeit. Durch das selbstständige Unterwegssein lernen Kinder wichtige Handlungsfähigkeiten, entwickeln ihre kognitiven Fähigkeiten, und es ist auch wichtig für ihre Identitätsentwicklung und ihre soziale Entwicklung.

Wir listen in dieser Motion extra konkrete Umsetzungsmassnahmen auf, weil wir wollen, dass es rasch und konkret vorwärtsgeht. Das heisst aber nicht, dass überall und immer alle diese Massnahmen, die aufgeführt sind, umgesetzt werden müssen. Es muss das gemacht werden und so viel gemacht werden, wie notwendig ist, um den Schulweg oder den Weg zum Kindergarten sicher zu machen. Das heisst, oft wird es wahrscheinlich auch eine Kombination von verschiedenen Massnahmen brauchen. Entscheidend ist, dass die Schulwegsicherheit höchste Priorität hat, also auch dann, wenn dadurch die Verkehrsleistung der Strasse reduziert wird oder man von A nach B etwas länger braucht. Menschenleben müssen wichtiger sein als Fahrzeiten. Und wenn Sie das Ideologie nennen wollen, von mir aus, machen sie das.

Uns ist es bewusst, dass die Frist von zwei Jahren nicht ganz ohne Herausforderung ist, aber es ist ja auch nicht so, dass die Forderung nach sicheren Schulwegen neu ist. Wir haben hier Motionen, die schon ziemlich lange auf dem Tisch oder in der Schublade liegen. Deshalb muss zum Glück auch nicht ganz bei Null angefangen werden. Unser Ziel muss es sein, die Schulwege sicherer zu machen oder ganz sicher zu machen, bevor etwas passiert und nicht erst danach. Deshalb ist es auch so wichtig, dass neben den offiziellen Unfallzahlen oder dem, Plan zur Schulwegsicherheit auch die Rückmeldungen der Eltern und Lehrer berücksichtigt und aktiv eingeholt werden. Sie wissen aus dem Alltag, wo die Probleme sind und sind



oft auch bereit, aktiv an der Lösungssuche mitzuarbeiten. Viele von ihnen berichten aber, dass sie sich nach dem Kontakt mit der Verwaltung oft ohnmächtig und entmutigt fühlen, dass sie das Gefühl haben, nicht ernstgenommen zu werden. Ich denke, in der Verwaltung findet langsam ein Umdenken statt, aber konkrete Resultate lassen leider immer noch viel zu lange auf sich warten. Ich danke deshalb der Regierung, dass sie bereit ist, die Motion entgegenzunehmen und danke Ihnen allen für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005217, 11.12.24 21:07:14]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

23. Anzug 1 Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung

[11.12.24 21:07:28, 24.5211.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Es ist ja immer wieder erstaunlich, wie von linker Seite die Lehrpersonen mit einem Rundumschlag schlecht gemacht werden. Ich erinnere Sie zum Beispiel an den hängigen Vorstoss von unserem Grossratspräsidenten, der unter anderem fordert, dass die Lehrpersonen geschult werden müssen, da es von ihrer Seite zu Diskriminierungsfällen und Ausgrenzungen kommt. Er spricht in seinem Vorstoss sogar von psychischer und seelischer Gewalt und Mobbing. Dann hatten wir zwei Petitionen. Die eine fordert eine diskriminierungsfreie Schule, die andere ist gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht und so weiter an Schulen. Und nun kommt Heidi Mück und erklärt uns, dass die Lehrpersonen stigmatisieren.

Ich frage mich schon, ob solche Rundumschläge bezüglich den Lehrpersonen angebracht sind. Ich glaube nicht, und daher komme ich auch zur Schlussfolgerung, dass es sich eben nicht um Massen von Lehrpersonen handelt, die hier so schlecht dargestellt werden. Es sind sicherlich einzelne darunter, und diesen muss entgegengetreten werden. Aber deswegen brauchen nicht alle 3'500 Lehrpersonen während des Drei-Tage-Blocks Vorträgen über Stigmatisierungen zu lauschen und es müssen auch nicht alle Lehrpersonen an ihren Standorten deswegen obligatorische Weiterbildungen zu diesem Thema über einen gewissen Zeitraum besuchen. Es ist wichtig, und da gebe ich Heidi Mück absolut recht, dass eine Stigmatisierung nicht stattfinden darf, aber es kann doch erwartet werden, dass die jeweiligen Schulleitungen angewiesen sind, Massnahmen gegen die renitenten Lehrpersonen zu ergreifen, sei es durch Schulung, Sensibilisierung oder auch Abmahnungen. Denn was ganz sicher gewährleistet sein muss, ist, dass die Schulleitungen solche Gebaren nicht dulden. Aber der Anzug zielt nicht dahingehend ab und daher bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Vorstoss nimmt ein berechtigtes Anliegen auf. Wir sind auch der Meinung, dass jede schulische Beurteilung unvoreingenommen und neutral erfolgen soll. Ich möchte hier aber auf den Gleichstellungsplan 2024 bis 2027 hinweisen, den die Regierung im Mai dieses Jahres vorgestellt hat. Im Handlungsfeld Bildung, Sport und Gesundheit stehen folgende Ziele im Vordergrund: Das eine Ziel ist Diskriminierung in der Bildung abbauen und gendersensiblen Unterricht fördern. Das zweite ist Berufswahl ohne Geschlechterstereotype fördern.

Nach meiner Auffassung fällt das Anliegen dieses Vorstosses direkt in den Kontext der Umsetzung dieser wichtigen Ziele. Der Umsetzungsprozess wird von der Fachstelle Gleichstellung koordiniert und ein Abschlussbericht wird im Jahr 2027 vorliegen.

Dann möchte ich auch erwähnen, dass die Schulstandorte die Möglichkeit haben, im Rahmen ihrer Teilautonomie selbst zu entscheiden, ob sie schulhausinterne Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen implementieren möchten.

Also lassen wir die Fachstelle Gleichstellung ihre Massnahmen zur erfolgreichen Umsetzung erarbeiten und verzichten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf ähnliche Forderungen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich darf heute für das GAB und die SP sprechen.

Während der Anteil der Frauen an den Universitäten mittlerweile in vielen Bereichen den der Männer übertrifft, verharrt der Anteil Frauen zum Beispiel an der ETH seit Jahren bei 32 Prozent. Sehr interessant ist dabei, dass sich der Anteil, wenn dann bei den studierenden Frauen aus dem Ausland erhöht hat. Im Fach Life Science sind Frauen mit 46 Prozent sehr gut vertreten, während sie in den Fächern Technik und Informatik seit Jahren bei circa 15 Prozent steckenbleiben.

Spätestens seit dem Film Hidden Figures – unerkannte Heldinnen, die in der NASA angestellt waren, um die Flugbahnen der später ins all geschickten Apollo Raketen zu berechnen, wissen wir, dass es am Kopf nicht liegen kann. Daher müssen es andere Faktoren sein, die zu einem Missverhältnis führen.

Der Anzug von Heidi-Mück möchte einer möglichen Ursache auf den Grund gehen, indem sie eine Studie zitiert, die auf das Phänomen eingeht, dass Mädchen von den Lehrpersonen in den MINT-Fächern eher unterschätzt und Buben eher überschätzt werden. In der Studie wird darüber hinaus aber auch festgestellt, dass die Forschungsgrundlagen zu den Auswirkungen voreingenommener Urteile und Erwartungen auf die Leistungen von Mädchen und Jungen eher spärlich sind. Sie sagt aber auch weiter, dass die wenigen vorhandenen Studien vor allem darauf hindeuten, dass voreingenommene Erwartungen der Lehrkräfte zu geschlechtsspezifischen Leistungsunterschieden beitragen können.

Es ist daher sehr sinnvoll, dass man die Lehrer:innenschaft auf diesen Punkt hin sensibilisiert. Wichtig ist es aber auch, dass man die Entwicklung dann auch überprüft, ob die Massnahmen wirklich zu einer Veränderung der Anteile von Mädchen in den MINT-Fächern führen oder eben nicht. Wäre dem so, dann wäre der Gewinn für die Mädchen aber auch für die Gesellschaft gross, da gerade in diesen Berufsgattungen Arbeitskräfte gebraucht werden und daher dieser Anzug auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben könnte.

Das GAB und die SP empfehlen Ihnen daher, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Anzugstellerin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Studie, die ich in meinem Anzug erwähnt habe, ist einerseits brisant und andererseits nicht weiter erstaunlich. Als ich Unterschriften für diesen Vorstoss gesammelt habe, haben einige der Unterzeichnenden bestätigt, dass sie selbst auch solche Erfahrungen gemacht haben. Ihre mathematischen oder sprachlichen Fähigkeiten wurden unterschätzt, je nachdem welches Geschlecht sie hatten. Das hatte vielleicht nicht immer dramatische Auswirkungen auf die schulischen Leistungen der damals Betroffenen oder auf die weitere Karriere, aber die Verletzungen waren bei diesen Gesprächen, die ich geführt habe, tatsächlich immer noch spürbar.

Unbewusstes Übernehmen von tradierten Rollenmodellen durch Lehrpersonen hat einen Einfluss auf das Wohlergehen von Schülerinnen und Schülern. Für mich ist es deshalb eigentlich unbestritten, dass es eine stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzungen braucht. Die Leistungseinschätzung ist ein anderes



Thema, als es im Gleichstellungsplan erwähnt ist. Da geht es um den Unterricht, aber hier geht es konkret um die Leistungseinschätzung. Ich möchte damit auch nicht die Lehrpersonen kritisieren, wenn ich sage, sie müssen sensibilisiert werden. Ich denke auch uns allen tut Sensibilisierungsarbeit manchmal gut und das heisst ja nicht, dass wir schlechte Menschen sind.

Jetzt stellt sich aber die Frage, wie wird diese Sensibilisierung in den ohnehin schon sehr gefüllten Arbeitsalltag der Lehrpersonen integrieren können. Ich wollte auf keinen Fall ein zusätzliches freiwilliges oder auch obligatorisches Weiterbildungsmodul oder so etwas ähnliches vorschlagen. Ich erfahre nämlich von vielen Lehrpersonen, dass es einfach zu viele Aufgaben gib, die die Schule neben dem Bildungsauftrag noch leisten muss, also Gesundheitsförderung, Gewaltprävention, Suchtprävention, Umgang mit KI, Umgang mit Social Media und so weiter. Aber ich erfahre von den Lehrpersonen auch, dass es bei den Präsenzzeiten neben dem eigentlichen Unterricht, also während des Drei-Tage-Blocks, der Schulhauskonferenzen oder sonstiger Anlässe durchaus noch Raum für inhaltliche Schwerpunktsetzungen gibt.

Deshalb schlage ich mit diesem Anzug vor, dass die entsprechenden Sensibilisierungsarbeiten in diesen Gefässen stattfinden sollen. Hier kann es aber durchaus in regelmässigen Abständen und auch obligatorisch sein. Wir haben ja im November zahlreiche Vorstösse überwiesen im Bildungsbereich. Ich wusste ja, dass diese pendent sind. Ich habe auch bewusst das Mittel des Anzugs gewählt, weil ich nicht noch mehr Druck aufbauen wollte. Mich nimmt einfach die Haltung des ED dazu Wunder und auch die Ideen, die sie zu einer konkreten Ausgestaltung von solchen Sensibilisierungsmassnahmen haben. Ich bitte Sie auch deshalb, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung des Anzugs wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005219, 11.12.24 21:18:56]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 55 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und keine Enthaltung.

24. Anzug 2 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel

[11.12.24 21:19:08, 24.5212.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bestreite die Überweisung dieses Anzuges und blende zurück. Vor etwa 37 Jahren, am 12. oder 13. Dezember 1987 ist der damalige Immediate Passpräsident Immediatepasspräsident der Assistentenvereinigung der Universität Basel nach Bielefeld gepilgert und hat einer Tagung mit dem Namen «Umsetzung der dritten HRG-Novelle, Erfahrung aus früheren Veränderungen und mit der neuen Personalstruktur bundesweiten Erfahrungsaustausch unter Einbeziehung europäischer Nachbarstaaten, unter anderem was folgt ausgeführt zum Rotationssystem für die



Mittelbaupolitik. Das grundsätzlich akzeptierte Rotationssystem und die Tatsachen, dass sie grosse Mehrzahl der Assistenten realistischerweise keine universitäre Karriere anstrebt, bewirken, dass die Nachwuchspolitik und die intrauniversitären Karrieremöglichkeiten nicht alleiniges Schwergewicht der Arbeit einer Interessenvertretung des Mittelbaus sein können. Anliegen des Mittelbaus muss sein zu verhindern, dass Anstellungsdauer und die effektiv für Promotion oder auch Habilitation benötigte Zeitdauer nicht übereinstimmen. Je länger ein Assistent oder eine Assistentin an der Universität verweilt, desto wichtiger wird die Einschätzung der assistentischen Arbeit durch potenzielle ausseruniversitäre Arbeitgeber. Wird eine assistentische Tätigkeit nicht als qualifiziert eingestuft, dann wird ein längerer Aufenthalt im universitären Mittelbau zur biografischen Hypothek und die Verbesserung der beruflichen Aussichten nach dem Ausscheiden aus dem Mittelbau muss somit ein zentrales Anliegen der Interessenvertretungen des Mittelbaus sein.

Ich habe dies nochmals gelesen und ich komme zu keinen anderen Schlüssen als dieser ehemalige Präsident vor 37 Jahren gekommen ist. Es ist nicht Aufgabe der Universität, Leute ewig zu beschäftigen, die nicht irgendwann eine Professur bekommen, und der Vergleich mit der Wirtschaft ist völlig unbehelflich. Im Mittelbau ist man als Assistent oder Assistentin, um nachher sich zu qualifizieren für einen Beruf ausserhalb der Universität. Darum geben wir das Geld aus.

Wenn Sie jetzt eine Petrifizierung von Anstellungen im Mittelbau fordern, dann kreieren Sie eine intergenerationelle Ungerechtigkeit. Wir haben nicht die Mittel dazu, die Universität aufzublähen, damit jeder und jeder im Mittelbau verharren kann. Das schadet der Qualität unserer Universität. Und dieser Anzug ist ein Eingriff in die Autonomie der Universität. Wir sollen alles tun, dass die Assistierenden innerhalb der gesetzten Frist sich weiter qualifizieren können und nachher gut ausgebildete Kräfte sind für den Arbeitsmarkt und nicht verharren in der Universität, es sei denn, sie qualifizieren sich wirklich für eine universitäre Karriere, und dort ist es auch empfehlenswert, wenn sie zwischendurch einmal in der freien Wildbahn waren.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Ladenhüter nicht zu überweisen, das kommt jeden paar Jahre wieder auf und es bleibt Unsinn, und ich bitte Sie, diesen Unsinn hier wiederum einmal zu begraben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Vor den erwähnten 37 Jahren war ich noch nicht geboren, war auch nicht an dieser Tagung. Trotzdem bin ich überzeugt, dass wir uns alle weiterentwickeln können, dass sich unsere Haltung und unsere Meinung auch weiterentwickeln kann nach 37 Jahren oder auch weniger.

Die im VPOD gewerkschaftlich organisierten Mitarbeitenden aus dem sogenannten universitären Mittelbau machen schon seit einiger Zeit mit Aktionen, Schreiben an das Rektorat und Veranstaltungen auf ihre schwierige Situation aufmerksam. Weil es nicht vorwärts ging, konnten sie ihre Kritik und ihre Sorgen mit Amina Trevisan besprechen, was sie wiederum mit dem vorliegenden Anzug im Grossen Rat einbringt. Vielen Dank dafür.

Beim universitären Mittelbau handelt es sich um die Doktorierende Postdoktorierende, Lehrbeauftragte und Privatdozent:innen, also um die Personen, welche den universitären Alltag aufrechterhalten. Ohne sie gäbe es keine Universität, ohne sie würde die Forschung kaum Ergebnisse liefern und könnte den Studierenden kaum Wissen weitergegeben werden. Der universitäre Alltag ist ohne den Mittelbau nicht vorstellbar.

Die Arbeitsbedingungen im universitären Mittelbau sind jedoch prekär. Der Anzug benennt eines der grössten Probleme, und zwar die befristeten Anstellungen, den im akademischen Bereich der Universität gibt es kaum Festanstellungen. 67 Prozent aller Angestellten mit Doktorat haben einen befristeten Vertrag, und das ist eine unglaublich hohe Zahl. Da sind wir nicht annähernd an der Privatwirtschaft, die bei rund 8 Prozent liegt.

Die Universität Basel hat inzwischen erkannt, dass es eine Mittelbaureform braucht. Sie hat sogar extra dafür eine neue Stelle geschaffen. Wohin diese Reform führen wird, bleibt aber kritisch abzuwarten. Die jüngsten Signale aus dem Rektorat zumindest deuten darauf hin, dass sie das grösste Problem, die extrem hohe Quote an befristeten Anstellungen, nicht angehen möchte. Die Universität möchte damit zwar vom Wissen und der hervorragenden Arbeit ihrer Angestellten profitieren, selbst aber die volle Flexibilität behalten, was die Anstellung anbelangt. Die Wirkung dieser Praxis ist, die Anstellung ist unsicher, die Bedingungen sind prekär mit all ihren Auswirkungen auf die Angestellten, auf die Gesundheit und auf ihre Aussicht auf eine längerfristige Anstellung.

Aber vor allem, eine wissenschaftliche Karriere bleibt exklusiv, nicht etwa wegen des hohen akademischen Standards, sondern wegen der Arbeitsbedingungen. Es betreiben nicht per se die Personen Forschung, welche am besten dafür geeignet sind, sondern die, welche es sich leisten können. Menschen, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben, wird eine akademische Karriere unter solchen Arbeitsbedingungen kaum möglich sein.

Mit der Überweisung dieses Anzugs können wir heute uns stark machen für einen Wissenschaftsstandort in Basel, für eine Universität, die weiterhin international bestehen kann und für hoch qualifiziertes Personal attraktiv bleibt. Und dafür braucht es jetzt Veränderung und das können wir mit der Überweisung dieses Anzugs starten. Vielen Dank für die Unterstützung.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich darf hier auch im Namen der SVP sprechen.

Die Anliegen, die in diesem Anzug thematisiert werden, werden immer wieder aufgegriffen. Wir haben es eben gehört. Es ist wichtig, diese Aspekte immer wieder zu hinterfragen, starke Ungleichheiten aufzudecken und gegebenenfalls geeignete Massnahmen zu ergreifen.

Der Mittelbau ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Hochschulsystems. Einerseits hat die Universität den Auftrag sowohl qualitativ hochstehende Forschung zu betreiben als auch anspruchsvolle Lehre anzubieten. Hierfür sind die Assistenten und die Lehrbeauftragten im Mittelbau besorgt. Die beste Nachwuchsförderung besteht darin, Junge wissenschaftlich auszubilden, die in der Lage sind, im internationalen Wettbewerb eine erfolgreiche wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Die Universitäten sind deshalb bestrebt, ein optimales Umfeld zu schaffen, in dem der wissenschaftliche Nachwuchs sein Potenzial voll entfalten kann.

Andererseits werden viele Promovierende und Postdocs über eingeworbene Drittmittel-Projekte finanziert. An der Universität Basel sind es rund 39 Prozent, die über Drittmittel-Projekte finanziert sind. Die Drittmittelprojekte sind in der Regel zeitlich befristet. Diese Wissenschaftler qualifizieren sich im Rahmen ihrer befristeten Anstellung an der Universität weiter, um sich anschliessend auf neue Stellen innerhalb oder ausserhalb der Akademie zu bewerben.

Unbefristete Verträge für Doktorierende und Postdocs könnten vor diesem Hintergrund dazu führen, dass weniger Stellen an der Universität zur Verfügung stehen, da die entsprechenden Stellen über einen längeren Zeitraum besetzt bleiben. Damit könnte die Universität ihrem Auftrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht mehr in gleichem Masse nachkommen.

Bei Doktorierenden und Postdocs handelt es sich um Qualifikationsstellen. Es ist daher von vornherein klar, dass diese Personen nach der Qualifikationsphase auf eine andere Stelle wechseln, sei es an der Universität oder eben an einer anderen Institution. Nur ein Teil der Postdocs bleibt in der Wissenschaft. Denjenigen, die keine Professur erhalten, können die Hochschulen zwar keine berufliche Perspektive bieten, aber es gibt vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten ausserhalb der Wissenschaft, zum Beispiel in der Privatwirtschaft oder in der Verwaltung.

Die Universität ist sich des Anliegens dieses Anzuges bewusst, als Forschungsuniversität mit einem sehr hohen Anteil an Doktoranden und Postdocs und einem grossen Forschungsoutput. Sie hat hierfür zusätzlich zu den bereits getroffenen Massnahmen mit dem Ressort Nachwuchsförderung eine Anlaufstelle geschaffen, welche die Postdocs in ihrer Karriereentwicklung begleitet. Unseres Erachtens wird dieser Anzug keine unmittelbaren Verbesserungen bringen. Viel wichtiger ist es, im Dialog zu bleiben und diesen zu stärken. Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen sollen an die zuständigen Stellen gemeldet werden.

Im Namen der Fraktionen der LDP und der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir von der SP denken, es ist durchaus Zeit für eine Modernisierung der Anstellungsbedingungen an den Universitäten, auch wenn vor 37 Jahren mal anders gedacht wurde, ist seither ist sehr viel Zeit ins Land gegangen und es gibt eine andere Vorstellung davon.

Man muss heute wirklich auch sagen, dass der sogenannte Mittelbau – und das hatten auch meine Vorredner:innen gesagt – einen grossen Teil der Lehr- und Forschungstätigkeit bestreiten und es ist in meiner Sicht etwas überaltert, dass nur die oberste Ebene der Professorinnen und Professoren die Sicherheit hat und der Mittelbau nicht.

Das Hauptproblem sind die befristeten Anstellungen. Wir haben das gehört und wir haben auch im Anzug lesen können, dass es andere Universitäten gibt, die bereits Massnahmen ergriffen haben. Es steht auch im Anzug, dass es ein Thema ist, das der Bundesrat in der BFI-Botschaft thematisiert hat. Natürlich gibt es eine Autonomie der Universität, aber es geht hier darum, die politische Unterstützung zu signalisieren und die Bereitschaft, dieses Thema ernstzunehmen, vorwärts machen zu wollen und zu zeigen, dass wir auch bereit sind, im Parlament diesem Thema Beachtung zu verschaffen, je nachdem auch mit Mitteln, wenn es notwendig sein sollte. Und deshalb bitte ich Sie, dass wir hier als Parlament diesen politischen Willen ausdrücken und den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Anzugsstellerin Amina Trevisan.



Amina Trevisan (SP): Auch wenn einige Personen in diesem Plenum die Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen des Mittelbaus als Unsinn bezeichnen, so sind sie für Angehörige des Mittelbaus enorm wichtig.

Die Universität Basel liegt mir sehr am Herzen, nicht nur, weil ich dort studiert und doktoriert habe, sondern weil ich sie wirklich für eine exzellente Uni halte, mit hervorragenden Mitarbeitenden, sehr engagierten Studierenden und mit einer tollen Rektorin. Und nun möchte ich kurz von einer Begegnung erzählen, die mich nachdenklich stimmte. Vor rund zwei Monaten unterhielt ich mich mit einem 56-jährigen Mann nach einer Veranstaltung. Er sprach mich auf dem vorliegenden Vorstoss an, über den er in den Medien gelesen hatte. Er ist Lehrbeauftragter und arbeitet seit 29 Jahren an der Uni Basel, erzählte er mir. Die ersten sechs Jahre habe er als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet, danach wurde er Lehrbeauftragter mit einem kleinen Pensum, das von Semester zu Semester zwischen zwei bis sechs Stunden pro Woche variierte. Gegenwärtig arbeitet er in einem 23 Prozent-Pensum an der Uni. Er berichtete, dass, obwohl er seit beinahe drei Jahrzehnten an der Uni unterrichte, er immer noch keinen Arbeitsvertrag habe. Er erhalte lediglich einen Auftrag, der jedes Semester erneuert wird. Er sagte mir, dass er wortwörtlich von der Güte des Departements und von zwei Professor:innen abhängt. Ich zitiere ihn: «Meines Erachtens zeigt diese Vertragssituation die Prekarität des universitären Mittelbaus pur. Sie ist hart auszuhalten und ist vor allem gesetzeswidrig.»

Dieses Beispiel verdeutlicht eindrucksvoll die prekäre Arbeitssituation eines Angehörigen des Mittelbaus. Diese Situation, wir haben es von Nicola Goepfert gehört, betrifft rund 67 Prozent der Angestellten mit Doktorat. Schweizweit sind aber nur 8,6 Prozent aller Arbeitnehmenden befristet angestellt. Es ist an der Zeit für einen wissenschaftspolitischen Paradigmenwechsel im Interesse der Mitarbeitenden der Universität Basel, um der Qualität ihrer Arbeit, um in Forschung und Lehre weiterhin hervorragende Leistungen zu erbringen. Die Universität Basel muss begreifen, dass sie davon profitiert, wenn sie die prekären Arbeits- und Anstellungsbedingungen des akademischen Mittelbaus beendet.

Die Universität Basel hat das Problem begriffen, denn nun scheint endlich Bewegung in die seit längerem geforderte Reform des Mittelbaus zu kommen, dies dank dem unermüdlichen Einsatz der Mitglieder der Basisgruppe Mittelbau der Gewerkschaft für Angestellte im Service Public, des VPOD. Die Uni ist sich der prekären Anstellungs- und Arbeitsbedingungen bewusst. Sie weiss, dass keine Festanstellungen, fehlende Zukunftsaussichten, keine Zeiterfassung, viele Überstunden und ein hoher Druck, der innerhalb des Mittelbaus an der Uni Basel zu Abhängigkeitsverhältnissen und Konkurrenzdruck führen, sich negativ auf die Gesundheit der Mitarbeitenden und auf die Forschung auswirken.

Prekäre Arbeitsbedingungen mindern zudem auch die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Basel. Zahlreiche herausragende Wissenschaftler:innen, darunter überdurchschnittlich viele Frauen, beenden aufgrund der untragbaren Arbeitsbedingungen und der Unvereinbarkeit von Karriere und Familie vorzeitig ihre wissenschaftliche Laufbahn. Es braucht jetzt Veränderungen.

Ein erster Schritt wurde gemacht, indem die Uni Anfang Oktober eine Stelle im Bereich Projektleitung besetzte, die sich mit der Reform des Mittelbaus befassen soll. Die Schaffung dieser Stelle sendet ein positives Zeichen an alle Mitarbeitenden des Mittelbaus der Uni.

Um weiterhin für nationale und internationale Forschende attraktiv zu bleiben, ist eine Modernisierung der Anstellungsstrukturen an der Universität Basel notwendig. Zürich hat es vor gemacht. Sie haben unbefristete Lecture-Positionen in Lehre und Forschung geschaffen. Basel kann das auch. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von David Jenny. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005221, 11.12.24 21:38:53]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug ist überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

25. Anzug 3 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern

[11.12.24 21:39:06, 24.5213.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich gebe das Wort gleich dem Vertreter des Regierungsrats Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wenn ich die Kreuztabelle anschau, dann wird das jetzt eine schwierige Sache. Ich bin trotzdem an die Nachtsitzung gekommen, um auch die Position des Regierungsrates zu vertreten.

Das soziale Basel, wir haben heute Morgen schon darüber gesprochen, ist ein unglaublich breites Angebot von Leistungen und Unterstützung für Menschen in Not, in finanziellen Krisen, in psychischen Lebenskrisen, Menschen, die Fragen haben, die Beratung brauchen im Bereich von Schulden, im Bereich von Familienproblemen usw.

Es geht ja in diesem Vorstoss nicht darum, dass dieses Angebot ausgeweitet werden muss, sondern um die Frage, wie diese Information in Hülle und Fülle zu den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern kommt. Der Anzug fordert namentlich ein Informationstool. Das gibt es bereits, daher ist dieser Anzug aus unserer Sicht nicht notwendig. Es besteht keine Lücke in diesem Bereich. Auf www.sozialesbasel.ch sind all diese Angebote zu finden, einfach nach Kategorien geordnet, zum Beispiel unter dem Thema Finanzen die Budget- und Schuldenberatung, die Unterstützung, soziale Beiträge, Stipendien, Fonds, Stiftungen, man findet dort das reiche soziale Basel mit all seinen Angeboten.

Dass so ein Angebot elektronisch und online sein muss, versteht sich von selbst. Auch dieses Angebot machen wir nicht selber als Kanton. Das macht die GGG. Sie sammelt all diese Informationen zusammen. Sie stehen allen Firmen, Arbeitgebern, Verbänden, Institutionen, Organisationen und Menschen dieser Stadt und dieses Kantons zur Verfügung. Wir finanzieren es auch, zusammen mit der CMS und der GGG.

Dieses Angebot gibt es also, und aus diesem Grunde ist dieser Anzug bereits erfüllt und nicht notwendig. Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Forderung nach mehr Staat in diesem Bereich, die nicht notwendig ist, nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin das Wort.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich danke, dass Sie zu dieser späten Stunde hierher gekommen sind. Das schätze ich sehr, auch wenn ich natürlich an die vielen Plus in der Kreuztabelle appelliere und gerne kurz Stellung nehme zu Ihrer Sicht. Ja, wir haben sehr viele Angebote, das ist super. Dennoch muss ich sagen, dass ich, die relativ lange im HR-Bereich tätig war, bemerkt habe auch im Austausch mit Gleichgesinnten, die beruflich gleich unterwegs sind, dass die Brücke nicht geschlagen wird, dass eben oft im Alltag gerade in kleinen Firmen, wo es vielleicht gar kein HR gibt, die Zeit fehlt, um auf diese Angebote aufmerksam zu machen. Und wenn man einfach den Link weiterschickt, dann kann das für eine Person in Not auch einfach eine riesige Last sein, die richtige Info zu finden.

Sie wissen, ich bin sehr kritisch, wenn man die Staatsaufgaben ausdehnt, aber deshalb bitte ich Sie wirklich einfach um die Zusammenfassung und um die Aufbereitung dieser bereits bestehenden Ressource, die man stärken muss, weil es eben in der Praxis so ist, dass diese Superseite, die ich auch kenne, zu wenig an die Personen in Not kommt. Und genau dort können die Arbeitgeber eine Schlüsselposition einnehmen, wenn sie das unkompliziert und praktisch weitergeben können, sodass dann eben die Personen diese vielzähligen Angebote auch wahrnehmen können. In der Realität sind es eben wirklich Arbeitgebenden, die diese finanziellen Nöte bemerken, sei es durch Abteilungsleitende, die merken, dass die Leistung abfällt ab oder dass die Person etwas beschäftigt, oder in KMU dann auch die Patrons, männlich und weiblich mitgezählt, die bemerken, dass etwas nicht stimmt, aber auch nicht zwingend sich die Zeit nehmen können oder auch einfach überfordert



sind mit der Situation, um sich der Person anzunehmen und um eben frühzeitig reagieren zu können. Das ist aber zentral, wenn es darum geht, die Probleme wirklich effizient und effektiv zu bekämpfen.

Ich bitte Sie deshalb trotz dem Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter und trotz der super Seite und trotz der vielen Angebote bei ihrem Plus zu bleiben und diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005223, 11.12.24 21:44:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 83 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

26. Anzug 4 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen

[11.12.24 21:44:47, 24.5214.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Nun ich muss mit einem Geständnis anfangen. Ich habe diesen Vorstoss mitunterschrieben, vielleicht aus einer Mischung von tiefer Sympathie für den Anzugstellenden und geistiger Umnachtung und blindem Vertrauen. Aber ich möchte Sie fragen: halten Sie eine solche massive Aufwertung des Instrumentes der Interpellation wirklich für sinnvoll? Sicher, es ist ärgerlich, wenn eine Interpellation dann bei der Beantwortung kalter Kaffee ist. Das hatte ich auch schon einmal, dass es so viele Nachtsitzungen gab und so viele nicht erledigte Traktanden, dass ich erst 7 oder 8 Monate, nachdem ich eine Interpellation gestellt habe, Stellung dazu nehmen durfte.

Das ist nicht zweckmässig. Deswegen sollte das Ratsbüro das, was es glaube ich letzten Monat gemacht hat, nämlich die Traktandenliste umstellen, häufiger machen. Aber wenn jetzt alle Interpellationen grundsätzlich mündlich beantwortet werden müssen, führt das dazu, dass die Interpellation derart aufgewertet wird, dass es sie viel attraktiver macht. Das ist sicher gut für das Sitzungsgeld und es verschafft einen stärkeren Show-Moment. Bei mancher Interpellation, auch von mir selbst, bin ich eher froh, dass sich die Beamten vielleicht ein bisschen mehr Zeit genommen haben, um sie zu beantworten als gerade einmal die zwei Tage und drei Stunden, die sie zur Verfügung hätten zwischen Montag 12 Uhr und Mittwoch 15 Uhr. Manchmal ist es auch bei Interpellationen sinnvoll, eine längere Abklärung zu machen. Daher ist es zwar finanziell gut, es stärkt das Show-Moment, aber es kostet die öffentliche Hand auch einiges.

Es ist der Qualität der Antworten nicht unbedingt dienlich und es ist auch nicht unbedingt zweckmässig, dass Regierungsräte, die sonst an einem Nachmittag kein anderes Geschäft haben einzig und allein wegen einer Interpellation aufkreuzen müssen, zumal ja das Risiko besteht, dass man ihnen verweigert, dass sie das schriftlich beantworten dürfen.



Daher möchte ich Sie trotz Kreuztabelle darum bitten, noch einmal zu bedenken, ob Sie diese massive Aufwertung der Interpellation wirklich für sinnvoll erachten. Ich hätte einen anderen vielleicht sparvolleren Gegenvorschlag, ich wäre sehr für eine Aufwertung des Instrumentes der schriftlichen Anfrage, dass man schriftliche Anfragen schnell eine beantworten muss, als das heute der Fall ist. Das würde uns nämlich eher Sitzungszeit sparen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Habe ich das jetzt richtig verstanden? Sie haben den Anzug unterschrieben, aber Sie haben nicht genau gewusst, was Sie unterschreiben? Also Sie sind gegen den Anzug?

Der Anzug ist sehr wichtig und ich möchte nur zu zitieren, was ich zu dem Thema geschrieben habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte keine Zitate vorlesen, Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Noch einmal zu Tim Cuénod: Sie haben von Show-Momenten gesprochen. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Sie haben das als Gymnasiallehrer gut eingeschätzt. Aber Sie haben gesagt, der Regierungsrat würde sich nachmittags herquälen. Aber als Gymnasiallehrer wissen Sie sehr viel, Sie wissen auch, dass wir den Regierungsrat kontrollieren müssen. Das ist Aufgabe Nummer eins. Wir sind keine Bittsteller, die Regierung muss uns zu Füssen liegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte sprechen Sie jetzt zu diesem Anzug, sonst gibt es einen ersten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich war in Staatskunde im KV spitzenmässig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das ist ein erster Ordnungsruf. Sprechen Sie zu diesem Anzug.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde ganz sachlich, dass das Parlament die Regierung kontrollieren muss, und dann muss die Regierung da sein, wenn wir das wollen. Und Sie wissen, dass ich gerne mit Interpellationen die Regierung befrage oder auch quäle, weil ich das parlamentarische Fragerecht wichtig finde. Und das parlamentarische Fragerecht, lieber Tim Cuénod, ist ein scharfes Schwert. Und das führe ich gerne. Und der Anzug ist wie aus meinem Herzen.

Ich habe Erfahrung in Fragenstellen an die Regierung, mündliche, schriftliche, dringliche und ich stelle jetzt auch fest, dass meine Interpellationen seit dem Jahr 2016 nur noch schriftlich beantwortet werden. Mein Lieblingsregierungsrat Baschi Dürr hat meine Fragen alle noch oft mündlich beantwortet.

Ich möchte auch als Grossrat, als Mensch, dass meine Fragen sofort beantwortet werden von den Regierungsräten, damit ich dem Regierungsrat ins Auge schauen kann, damit der Regierungsrat für mich greifbar ist und damit ich sagen kann, nein, Sie haben nicht geantwortet auf meine Frage.

Ich möchte noch zwei Beispiele bringen. Meine Fragen sind nicht beantwortet worden, was das Wahlzentrum gekostet hat im Frühling zur Regierungsratsersatzwahl. Die Fragen sind gar nicht beantwortet worden, also muss ich noch einmal fragen in Form einer Interpellation. Die Regierung muss uns Antworten geben und ich bin stolz, dass viele Grossräte sagen, sie seien mit den Antworten nicht einverstanden, weil die Antworten einfach nichtssagend sind. Darum bitte ich alle Grossräte, möglichst viele Fragen zu stellen und das werde ich auch machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat David Jenny.

David Jenny (FDP): Angesichts dessen, dass Tim Cuénod gestanden hat, dass er vielleicht ein bisschen bedauert, dass er unterschreiben hat, kann ich schon sagen, dass das Ratsbüro sich in grosser Hochachtung von all den vielen sehr intelligenten Unterzeichneten entschieden hat, diesen Anzug entgegenzunehmen. Und diese Gewissheit ist jetzt ein bisschen zerbröckelt.



Ich kann auch ein paar Worte dazu sagen, warum ich glaube, dass dieser Anzug nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Tim Cuénod hat ja schon vieles selber gesagt. Olivier Thommen sagt, es läge dann an der interpellierenden Person, die Fragen so zu stellen, damit die Regierung die Fragen auch in der gegebenen Frist beantworten kann. Nun gut, wenn er von Anfang gesagt hätte jede Interpellation, die bis 14 Tage vor dem Sitzungstermin eingereicht wird, ist mündlich zu beantworten, dann könnte ich ja damit leben. Aber die Frist gemäss Geschäftsordnung ist, Eingabe bis Montag 12 Uhr und Beantwortung am Mittwoch 15 Uhr und in der Regierung am Dienstag rund um 9 Uhr verabschiedet werden. Das einfach nicht realistisch.

Dann haben Sie auch immer alle Beschränkungen abgelehnt. Wir haben früher grosse Spezialisten mit etwa 10-seitigen Interpellationen mit 100 Fragen. Das ist einfach unmöglich und dann stellt immer die Regierung den Antrag, ihr ausnahmsweise zu gestatten, schriftlich zu antworten. Dann diskutieren wir über das und dann aus Trotz sagen wir nach einer halbstündigen Diskussion, Nein, die Antwort muss mündlich erfolgen. Dann sagt die Regierung zwei nichtssagende Sätze und dann ist die Interpellation erledigt. Was bringt das? Das ist wirklich ein Leerlauf.

Ich werde nicht mehr im Büro sein nächste Legislatur, aber wenn ich wäre, würde ich mich für eine solche Antwort einsetzen. Ich verstehe gewisse Aufregungen manchmal, aber schlussendlich bringt das im Sinne des Parlamentes und der Qualität der Antworten nichts, ausser man macht wirklich eine strikte Fristen und sagt zum Beispiel 14 Tage vorher und höchstens eine Seite Interpellationstext. Aber alles andere ist ein Leerlauf und nur eine Beübung der Regierung, ohne eine Verbesserung der Qualität. Wir werden viel mehr nichtssagende Antworten erhalten, um pro Forma eine solche Vorgabe zu erfüllen.

Ich hoffe, das wird Ihnen irgendwann mal ein Ratsbüro mitteilen und dann können Sie dann darüber befinden. Insofern bitte Sie, dem reuigen Tim Cuénod zu folgen und schon heute diese Übung zu beenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Votum meines Ratsbürokollegen David Jenny hat mich jetzt ein bisschen herausgefordert. Ich erlebe ihn im Ratsbüro nicht als derjenige, der nicht auch manchmal etwas entgegennimmt, das auch viel Leerlauf produziert. Da hätte ich ihn mir manchmal mehr auf meiner Seite des Ratsbüros gewünscht, ohne jetzt zu viel aus dem Ratsbüro zu verraten. Insofern finde ich Ihr Votum gegen den Anzug Oliver Thommen jetzt doch, entschuldigen Sie das Wort, ein bisschen scheinheilig.

Sie haben aber nicht mit allem was Sie sagen. ganz unrecht. Tatsächlich gibt es gewisse Punkte, die es im praktischen Alltag dieses Mechanismus, zu dem Oliver Thommen und seine Mitunterzeichnenden, zu denen ich übrigens auch gehöre, hingehen möchten, gewisse Hürden. Das muss man anschauen. Deshalb ist es ja ein Anzug an das Ratsbüro, um zu prüfen und zu berichten. Und so, wie ich David Jenny im Ratsbüro immer erlebt habe, ist er ja sehr gerne bereit, so etwas auch zu prüfen und darüber zu berichten. Und weshalb man jetzt diese Idee hier gleich abwürgen muss, hat mir David Jenny auch nicht wirklich erklären können, auch wenn ich seine Bedenken teilweise etwas nachvollziehen kann.

Aber es ist in den letzten Jahren etwas die Tendenz entstanden, dass der Regierungsrat es sich mit der schriftlichen Beantwortung manchmal etwas einfach macht. Die wird dann irgendwann einmal beantwortet und bis wir dann im Grossen Rat wieder darüber befinden können mit der Erklärung, ob wir zufrieden sind oder nicht, dauert es teilweise mehrere Monate. Und das ist eine für die Idee der Interpellation doch sehr unbefriedigende Situation.

Die Idee einer Interpellation ist nämlich, eine Anfrage über etwas einzureichen, das sehr dringend ist, das vielleicht auch kurzfristig erfolgt ist, und da erwarte ich von der Verwaltung, die ja letztlich diese Interpellationsbeantwortung schreibt und in den allermeisten Fällen nicht der Regierungsrat selber, dass sie hier relativ kurzfristig Antwort geben kann. Es ist in der Tat so, die Substanz der Antwort könnte darunter vielleicht etwas leiden, dda müssen wir schauen, ob wir eine Lösung finden würden im Ratsbüro. Dies zumindest im Ratsbüro zu diskutieren scheint mir angesichts der aktuellen Situation doch sehr angemessen zu sein.

Es gibt auch unterschiedliche Verhaltensweisen der Regierungsräte. Gewisse Regierungsräte sind eher geneigt, immer schriftlich zu antworten, andere lieben es eher immer mündlich. Einige geben Ihnen dann vor der Beantwortung das Skript, dass sie ablesen, ab, andere wieder nicht. Also hier ist auch der Regierungsrat in seinem eigenen Wesen nicht ganz konstant. Das muss er auch nicht sein, aber ich glaube, das berechtigt uns auch, dieses Thema einmal vertieft anzuschauen.

Und ich möchte schon auch darauf hinweisen (Tim Cuénod hat das in seinem Votum schon angesprochen), dass es für Anliegen, die etwas umfangreicher sind, auch noch die Möglichkeit einer schriftlichen Anfrage gibt. Diese Möglichkeit ist mit der Interpellation und den Fragen teilweise verschwommen. Also die eine oder andere Interpellation wäre wahrscheinlich eher eine schriftliche Anfrage, wobei ich sagen muss, der eine oder andere Anzug wäre auch eher eine Interpellation. Auch da sind wir dann nicht immer der reinen Lehre folgend, die unsere Geschäftsordnung wahrscheinlich vom Geist her vorgegeben hat.



Deshalb will ich Sie im Namen meiner Fraktion bitten, einmal eine Überweisung zu wagen, damit das Ratsbüro uns in neuer Zusammensetzung dann darüber berichten kann. Und dann können wir immer noch schauen, ob wir tatsächlich etwas ändern wollen in der Geschäftsordnung dieses Hauses.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Anzugsteller Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Es gibt jetzt nach dem Votum von Joël Thüringen nicht mehr so viel zu sagen. Er hat eigentlich das Wesentliche zusammengefasst, warum dieser Vorstoss überwiesen werden sollte. Ich muss aber doch etwas meine Enttäuschung ausdrücken, dass offensichtlich das grosse Latein nicht mehr so weit reicht, denn mein Anzug verweist ziemlich deutlich darauf, dass es eigentlich um etwas Mündliches geht, um einen Zwischenruf oder eine Unterbrechung. Aber das lassen wir jetzt mal.

Die Enttäuschung darüber, dass man diesen Anzug nicht als Anzug verstehen will, sondern quasi als Motion ansehen möchte, kann ich nicht nachvollziehen. Es ist eine Aufforderung, ein Anliegen zu prüfen, das wieder mehr Interpellationen mündlich beantwortet werden. Und das ist ja eigentlich der Sinn von Interpellationen, dass man eine schnelle Antwort bekommt. Es ist auch keine Erfindung, die wir jetzt in Basel machen, es kommt mir etwas vor wie das Schneeräumen. Interpellationen oder wie auch immer sie heissen, gibt es in fast allen Parlamenten. Sie heissen manchmal Fragestunden oder anders. Das gibt es im Landrat, es gibt es im Einwohnerrat Riehen, es gibt es im National- und Ständerat, also das gibt es überall.

Und es gibt keinen Grund, warum wir nicht auch ein mündliches Instrument haben sollen. Man kann sagen, dass in den letzten Jahren die Qualität der Interpellationen schlechter geworden ist. Vielleicht ist aber auch die Qualität der Anzüge schlechter geworden. Ich finde sogar, auch die Motionen könnten manchmal besser sein, aber das heisst ja nicht, dass man daran nichts ändern soll. Der Anzug möchte, dass mehr Interpellationen mündlich beantwortet werden und dass das Ratsbüro prüft und berichtet, wie das möglich wäre.

Einen Hinweis, den ich erhalten habe aufgrund der Einreichung dieses Anzugs von Personen, die eher der Verwaltung näher sind, ist, dass das eigentlich gut wäre. Das hat mich etwas überrascht. Das Ratsbüro könnte sich überlegen, dass man die Interpellation grundsätzlich mündlich beantwortet, dass man aber einen entsprechenden Modus findet, zum Beispiel einen zweiten Sitzungstag, damit mehr Zeit ist. Oder David Jenny hat von einer anderen Frist gesprochen, wie das andere Parlamente machen. Es gibt ganz viele Parlamente, die solche Regelungen haben. Wir können hier vielleicht noch etwas verbessern, auch wenn wir die GO erst letztes Jahr revidiert haben.

Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Das generelle Anliegen ist ja verständlich, aber Sie möchten in Ihrem Anzug, dass ein ganz bestimmter Anpassungsvorschlag betrachtet wird. Und der Text ist doch sehr eindeutig, „der sieht schon vor, was man anpassen müsste. Ist dem so oder nicht?“

Oliver Thommen (GAB): Ja, der Anzug macht einen Vorschlag, aber das Ratsbüro muss prüfen und berichten. Es ist keine Motion. Das ist ein anderes Instrument.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 31 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005225, 11.12.24 22:06:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

27. Anzug 5 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostatakrebs-Vorsorge

[11.12.24 22:06:30, 24.5219.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 6 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes

[11.12.24 22:06:55, 24.5224.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Eine Evaluation klingt immer gut und toll, aber die Frage, ob das wirklich sinnvoll ist, darf man sich dann schon auch stellen. Es ist klar, dass die rot-grünen Fraktionen nie wirklich Fan waren von dem aktuellen Taxigesetz. Und wenn man das Taxigesetz ändern will, dann soll man aber auch konkret sagen, wo. Dass der Anzugsteller grundsätzlich Uber auf allen Ebenen bekämpfen will, ist auch nichts Neues. Er hat ja schon mehrere Vorstösse in diesem Bereich eingereicht.

Wenn man sich nun den Anzugstext durchliest, welche Dinge in dieser Evaluation geprüft werden sollen, was dann wiederum Grundlage für eine Änderung des Taxigesetzes sein soll, dann kann man drei Punkte herauslesen.

Der erste Punkt ist, wie eine Evaluation und Analyse des aktuellen Taxigesetzes in Bezug auf die derzeitigen Marktbedingungen, die wirtschaftliche Gesundheit der Branche und die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer durchgeführt werden kann. Ich weiss ja nicht, was Sie alles in ein kantonales Taxigesetz hineininterpretieren wollen, aber in einem kantonalen Taxigesetz werden keine Arbeitsbedingungen für Taxifahrer und auch keine wirtschaftliche Gesundheit der Branche geregelt. Im aktuellen Taxigesetz werden neben den allgemeinen Bestimmungen die öffentlichen Taxistandplätze, die Bewilligungen, die Transportpflicht, Tarife, Fahrzeuge und Gebühren sowie die Strafbestimmungen gegen dieses Gesetz geregelt, und nicht mehr. Sie werden auf kantonaler Ebene weder arbeitsrechtliche noch sozialversicherungsrechtliche Fragen klären im Bereich der Taxibranche.

Im zweiten Punkt wird gefragt, wie die aktuelle Regelung bezüglich Lizenzvergabe und Vergabe der Bewilligung angepasst werden können, um eine Übersättigung des Marktes zu verhindern. Der Markt reguliert sich nach dem Prinzip Nachfrage und Angebot, dafür benötigt es keine Evaluation. Und wenn man dann in einem zweiten Punkt auch dieses Angebot oder den Markt regulieren will, dann sind wir relativ schnell bei der Einschränkung der Gewerbe- beziehungsweise der Wirtschaftsfreiheit. Und da macht die SVP nicht mit. Im Übrigen sind wir eigentlich froh, dass wir ein gewisses Angebot haben in unserem Kanton, auch ein gewisses Angebot von Uber. Denken Sie an dieses Schneechaos vor ein paar Wochen, damals waren wir eigentlich froh, dass es auch Uber gab, dass es dieses Angebot gab, oder denken Sie auch an eine Demonstration an einem Samstag, wenn wegen einer linken Demo wieder mal die ganze Stadt lahmgelegt wird durch den öffentlichen Verkehr, dann kommt man ja gar nicht mehr von A nach B ohne Uber oder ohne ein Taxi. Also ich bin eine Sicht der Meinung, dass es hier noch zusätzliche Regulierungen braucht, um den Markt einzuschränken.



Und der dritte Punkt ist, wie weitere Fahrdienstleister dem Taxigesetz unterstellt werden können, um eine faire Wettbewerbslandschaft zu gewährleisten und den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten zu verbessern. Ja, auch dafür braucht es keine Evaluation. Es ist ganz einfach. Wenn Sie hier weitere Fahrdienstleister dem Taxigesetz unterstellen wollen, dann müssen Sie den Taxibegriff in Paragraph 2 des Taxigesetzes ändern, den sachlichen Geltungsbereich ausweiten. Ob man das will oder nicht, ist auch noch politische Frage, dafür benötigen Sie auch eine Mehrheit. Diese Mehrheit hatten Sie nicht und deshalb versuchen Sie es hier mit dieser Evaluation. Aber eigentlich ist es klar, wenn Sie hier Uber oder anderen Fahrdienstleister oder -unternehmer diesem Taxigesetz unterstellen wollen, dann müssen Sie hier im Paragraph 2 ansetzen.

Sie sehen also diese Verwaltungsbeschäftigung können wir uns das wirklich sparen, wenn Sie das Gesetz ändern wollen, dann reichen Sie eine Motion ein, dann sagen Sie uns, was Sie genau wollen, dann lassen wir das mit den aktuellen Mehrheiten aus oder mit der Mehrheit in der nächsten Legislatur. Eine Evaluation zu diesem Thema benötigt es aus Sicht der SVP-Fraktion nicht. Dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): In unserem Rechtssystem ist es üblich, dass Gesetze nicht unverändert bleiben, sondern regelmässig auf ihre Aktualität und Wirksamkeit überprüft werden. Der rasche Wandel gesellschaftlicher, technologischer und wirtschaftlicher Bedingungen macht eine Anpassung der Regelung an neue Gegebenheiten unabdingbar. Nur so können wir sicherstellen, dass unser Rechtsrahmen zeitgemäss bleibt, Innovationen fördert und Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gewährleistet.

Das aktuelle Taxigesetz ist aus dem Jahre 2015, fast 10 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich das Taxigewerbe stark verändert, nicht zuletzt durch die zunehmende Digitalisierung und das Aufkommen neuer Fahrdienstleister wie Uber usw. Als das Taxigesetz 2015 in diesem hohen Hause beraten wurde, sagte SVP-Grossrat Alexander Gröflin damals: «Angesichts des technologischen Fortschritts wird die Innovation dieses Gesetz überholen. Wir werden es wahrscheinlich in drei oder vier Jahren wieder beraten.» Heute, neun Jahre später, kann ich sagen, er hatte recht.

Die Herausforderungen, von denen das Taxigewerbe heute steht, wurden damals nicht vollständig erkannt oder waren zu ideologisch geprägt. Heute hat das Taxigewerbe mit strukturellen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Diese reichen von unfairen Wettbewerbsbedingungen durch neue Anbieter bis hin zu einer möglichen Sättigung des Marktes. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass der Markt fair bleibt, dass die Kundinnen und Kunden geschützt werden und nicht zuletzt, dass die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer tragbar sind.

Aus diesem Grund erachten die Grünliberalen es als wichtig, das Taxigesetz zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Diese Überprüfung ist nicht nur eine rechtliche oder wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Fairness und Gerechtigkeit. Wir müssen einen Rechtsrahmen schaffen, der allen Beteiligten, ob Kunden, Fahrerinnen und Fahrer oder Unternehmer, gleiche Chancen und einen stabilen Markt bietet. Nur so kann das Taxigewerbe auch in Zukunft ein vernachlässigter Bestandteil unseres städtischen Verkehrs bleiben.

Daher bitte ich Sie, den Anzug an die Regierung zu überweisen. Es geht nicht darum, ein System zu destabilisieren, sondern es für die Zukunft zu stärken. Es ist ein Beitrag für eine nachhaltige innovative und faire Mobilität in Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich einleitend folgendes festhalten: Als wir 2015 das Taxigesetz beraten haben, da gab es Uber schon und das ist keine Neuerung, die seither eingetreten ist. Uber gibt es seit 2009. Wir müssen die Forderung dieses Anzuges anschauen, dann wird daraus ein grundsätzliches Problem erkennbar. Es soll etwas in ein enges regulatorisches Korsett gezwängt werden, wo es nicht hingehört und wo es auch nicht hingehören will. Wir haben Anbieter, die Privilegien, die einem das Taxigesetz verleiht, nicht wollen. Das Taxigesetz verleiht Taxifahrerinnen und Taxifahrern gewisse Privilegien. Sie dürfen durch die Innenstadt fahren, sie dürfen auf gewissen Positionen parkieren, anhalten, auf Kundinnen und Kunden warten. Sie dürfen sich beschriften mit diesen gelben Tafeln. All das dürfen sie nur, wenn sie sich unter das Taxigesetz freiwillig unterstellen und sie können eben auch heute auf das verzichten, dann haben sie diese Privilegien nicht, dafür haben Sie ein bisschen mehr Freiheit. Diese Anbieter wollen diese Privilegien eben nicht.

Und auf der anderen Seite gibt es halt eben auch Fahrerinnen und Fahrer, die sich dem nicht unterstellen wollen, die die entsprechende Ausbildung nicht absolvieren wollen. Sie schätzen die Freiheit, die sie hier entsprechend haben. Und die Gegenleistung dafür ist eben, auf diese Privilegien zu verzichten.



Wenn man diesen Anzug liest, dann wird sehr schnell offensichtlich, dass das eigentlich hauptsächlich aus Taxiperspektive kommt und auch wenn es nicht explizit drinsteht, sich primär gegen Uber richtet. Man kann schon zugestehen, dass sich die Taxibranche in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation bewegt oder befindet. Aber es kann nicht unsere Aufgabe als Politiker sein, hier den Markt künstlich knapp zu halten. Und darum geht es letztendlich, wenn hier die Rede ist von Übersättigung des Marktes. Dann heisst es, es gibt zu viel Angebot für die Kundschaft, die vorhanden ist, und wir müssen einen Teil des Angebotes wegnehmen, damit irgendwie eine Balance stattfindet. Der Staat soll dann wissen, was jetzt diese richtige Balance, was das richtige Angebot ist. Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Jetzt kann man zugestehen, dass, wenn man von fairem Wettbewerb spricht, es dazu gehört, dass geltendes Recht eingehalten werden muss und man kann ebenfalls festhalten, dass es da in der Vergangenheit zu Verstössen gekommen ist. Das ist ja auch gerichtlich inzwischen festgestellt, dass da gewisse Regelungen verletzt worden sind, insbesondere bezüglich Sozialversicherungsrecht. Aber das ist kein Rechtsproblem, das ist kein Regulierungsproblem, das ist ein Vollzugsproblem.

Und wir haben vor einiger Zeit die Motion von Beda Baumgartner überwiesen, die eine Kennzeichnung forderte so wie es beispielsweise Zürich oder Luzern kennen. Das ist ein Ansatz, den man wählen kann und wenn man da mit Vertretern von Uber spricht dann, da kann man da auch eine gewisse Offenheit wahrnehmen, dass man da bereit ist, entsprechende Kennzeichnungen zu machen. Und das würde ja dann auch den Vollzug wiederum erleichtern, ohne dass wir Regulierungen entsprechend anpassen.

Was aber nicht funktionieren wird – und das kann ich Ihnen jetzt schon sagen -, ist, Anbieter wie Uber in eine Arbeitgeberposition zwingen zu wollen. Beobachten Sie ganz genau, wie sich Uber anhand von Gerichtsentscheiden verhält. Sie passen sich laufend an die Rechtsprechung an, so dass sie eben nicht unter die entsprechenden Regulierungen fallen müssen. Dafür gibt es diverse Beispiele. Zum Beispiel gibt es Uber Pop nicht mehr. Das war eines dieser prominenten Beispiele, wo praktisch jeder und jede fahren konnte, egal ob gewisse Voraussetzungen gegeben waren, die ja auch ursächlich waren für gewisse Gerichtsverfahren. Das gibt es heute nicht mehr. Das ist eine Konsequenz aus diesen Gerichtsentscheiden. Es wird kontrolliert, dass Fahrtschreiber installiert sind. Es gibt mehr Flexibilität bei der Preisgestaltung, dass die Fahrerinnen und Fahrer selber entscheiden können in einem gewissen Spektrum, was was der angemessene Preis ist. Es wird geprüft, ob man den entsprechenden Eintrag im Führerschein hat, ob man gewerbsmässig Personen transportieren kann. Da wird sehr viel unternommen, weil man eben explizit nicht die Arbeitgeberstellung haben will, in welchen die Anzugssteller insbesondere Uber unbedingt zwingen wollen.

Also wir brauchen einen sinnvollen, offenen Umgang mit der Plattformökonomie und das bedeutet nicht, solche Anbieter unter das Taxigesetz zu zwingen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Tim Cuénod an? Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Wenn es so ist wie es ist, dass es zum Beispiel basel-landschaftliche Taxis gibt, die als Uber unterwegs sind mit einem nicht unwesentlichen Teil dieser Privilegien, bräuchte es dann auch aus einer freisinnigen Perspektive nicht ein etwas orderliberaleren Ansatz, um ein bisschen mehr Ordnung in dieses Chaos hineinzubringen?

Luca Urgese (FDP): Auch das ist kein Regulierungsproblem, es ist ein Vollzugsproblem. Die Baselbieter Taxis sind als solche gekennzeichnet, die kann man entsprechend überprüfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind damit bei der nächsten Einzelsprecherin Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Also ich war auch dabei, als wir die Totalrevision des Taxigesetzes im Jahre 2015 beraten haben und es war ja schon ziemlich umstritten. Es gab einen Mehrheits- und einen Minderheitsbericht der WAK. Und es ging hauptsächlich um drei Sachen: Es ging um die Anpassung an Bundesvorgaben, aber es ging auch um Qualitätssteigerung, und es ging um bessere Arbeitsbedingungen für die Taxifahrer:innen. Und um letzteres wurde ja am meisten gestritten im 2015. Die aus meiner Sicht durchaus moderaten Vorschläge der WAK wurden allesamt abgeschmettert. Und ja, auch Uber war damals schon ein Thema, und die Ratsmehrheit hat auch hier sich einfach geweigert, diesen Bereich zu regeln, auch wenn wir damals es schon gekonnt hätten.

Inzwischen ist wieder einige Zeit vergangen und die Situation in der Taxibranche, das hat Bülent Pekerman sehr gut gesagt, hat sich nicht wirklich zum Guten verändert. Die Stimmung bei den Taxifahrerinnen und Taxifahrern ist weiterhin nicht gut, die wirtschaftliche Lage auch nicht. Diese Branche ist., sagen wir jetzt mal positiv, sehr dynamisch unterwegs. Wir wollen aber mit diesem Anzug ja nichts kaputt machen oder zu Tode regulieren. Es ist einfach unsere Aufgaben, Menschen vor Prekarisierung zu schützen. Also das ist meine Meinung. Vor diesem Hintergrund ist es für mich nur logisch, dass das



Taxigesetz nochmals überprüft werden soll. Es soll ja überprüft werden und gegebenenfalls angepasst werden. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Luca Urgese. Sie wird angenommen.

Luca Urgese (FDP): Das klingt jetzt, als hätten die Bürgerlichen hier drin etwas durchgedrückt. Trifft es zu, dass das Referendum ergriffen worden ist und das Volk diesem Gesetz zugestimmt hat?

Heidi Mück (GAB): Ja, ich gebe es zu, aber wir waren uns bewusst, dass wir das in wenigen Jahren wieder angehen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier hat der Anzugsteller das letzte Wort.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich einsteigen damit, was Pascal-Messerli aus meiner Sicht richtig festgestellt hat. Ja, ich habe immer wieder Vorstösse zu dieser Thematik gemacht und ja, wir sind schon lange mit dieser Thematik in diesem Rat beschäftigt, auch schon viel länger als der Verabschiedung des neuen Taxigesetzes im Jahr 2015.

Warum sind wir so lange beschäftigt? Ich glaube, ein Realitätscheck wäre auch noch gut in diesem Saal. Sehr lange würden diese Vorstösse zu dieser Thematik von bürgerlicher Seite einfach rundherum komplett abgelehnt. Ich bin froh, dass Luca Urgese heute auf die Motion referenziert, die eine Beschriftung der Überfahrzeuge fordert. Lange war das auf bürgerlicher Seite einfach nicht vorstellbar zu unterstützen. Das ist die Realität. Wir haben neun Jahre in diesem Kanton einen Zustand gehabt und toleriert, der hoch problematisch ist. Lassen Sie mich das auch noch anfügen. Ich kenne das auch mit diesen zwei Kurven, die unser Leben bestimmen mit dem Angebot und Nachfrage. Das Taxigewerbe ist einfach nicht so ein gutes Beispiel dafür, weil das Taxigewerbe ist schon enorm stark reguliert. Und Sie können jetzt natürlich sagen, die grösste Freiheit und die grösste Entwicklung läge darin, dass wir alle Regulierungen abschaffen, dann würden in diesem Markt endlich das spielen, das ja sonst überall auf der Welt, in allen Bereichen perfekt funktioniert. Die Realität ist aber eine andere. Und das wissen wir alle.

Wir vergeben zum Beispiel Lizenzen. Wir kreieren damit einen Markt, der auf ganz vielen Ebenen nicht funktioniert. Das ist mal zu den Taxis. Dann zu den Fahrdienstleistern: Jemand hat gesagt, eigentlich gehe es in diesem Anzug nur gegen Uber. Nein, die Realität ist ein bisschen komplizierter. Wenn Sie am EuroAirport beispielsweise Fahrdienstleister bestellen, dann haben Sie eine grosse Auswahl an Apps, die Sie mittlerweile bestellen können, die die haben alle dieses Prinzip der Uberisierung kopiert.

Was ich wirklich nicht verstehe, ist, wie die bürgerliche Seite dieses Businessmodell ernsthaft verteidigen kann. Es wird gesagt, Plattform-Anbieter wissen dann, wie sie sich anpassen müssen bei einer Regulierung. Aber ist das wirklich Ihre Argumentation? Das heisst, weil sich Plattformen dann der der Gesetzgebung entziehen können, weil sie sich den Realitäten, die wir demokratisch festlegen, entziehen können, sollen wir nicht mehr regulieren? Das ist die Grundlage, warum wir nicht mehr regulieren sollen?

Die Verwaltungsbeschäftigung wurde genannt, ein schönes Ablenkungsmanöver. Ich bin dann gespannt, wie die Fraktion der SVP bei Motionen oder Eingriffen, wo wir dann anscheinend wirklich direkt am Taxigesetz schrauben, Hand bieten, weil dann ist es ja definitiv, in den Worten von Pascal Messerli, nicht mehr Verwaltungsbeschäftigung. Ich glaube einfach, Sie haben da ein Problem.

Ist das wirklich sinnvoll? Fragen Sie die Betroffenen in der Branche. Oder fragen Sie den Gewerbeverband. Also ich kann Ihnen sonst schnell die Stellungnahme des Gewerbeverbands vorlesen: «Durch die Evaluation wird sichergestellt, dass das Gesetz den Veränderungen des Marktes gerecht wird und zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Marktes im gewerblichen Personentransport erscheinen Gesetzesänderungen erforderlich.» Es ist nicht die Gewerkschaft, die hier kommuniziert, oder Beda Baumgartner von linksausen, es ist der Gewerbeverband. Vielleicht müssten Sie wirklich auch mal mit der Branche und den Interessenvertretern und den Stakeholdern der Branche reden.

Und zuletzt, damit wir hier nicht einfach ein Schattenboxen haben über Wirtschaftsfreiheit, es geht wie Heidi Mück gesagt hat um Menschen, die in einem sehr prekären Arbeitsbereich arbeiten in unserer Stadt und die laut Taxigesetz eine Ergänzung des öffentlichen Verkehrs sicherstellen. Und das ist auch der Grund, warum der Kanton so viel reguliert im Taxi-Bereich. Es ist eben nicht irgendein Markt, es ist ein Markt, der als Ergänzung zum öffentlichen Verkehr so definiert ist. Und darum haben wir auch einen entsprechenden Anspruch an diesen Markt und daran, wie es diesen Menschen, die in diesen Markt arbeiten, geht. Darum bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Können Sie mir einmal erklären, wie Sie die sozialversicherungsrechtlichen und die arbeitsrechtlichen Fragen, die Arbeitsbedingungen der Taxifahrerinnen und Taxifahrer in einem kantonalen Taxigesetz regeln möchten?

Beda Baumgartner (SP): Ja sehr gerne. Wenn wir zum Beispiel anfangen über die Lizenzvergaben zu reden, dann haben wir einen starken Hebel, wie es bezüglich den Arbeitsbedingungen in diesem Bereich aussieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli bestreitet die Überweisung. Anzugsteller Beda Baumgartner hat schon gesprochen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Niuchtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005229, 11.12.24 22:29:08]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 64 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

29. Anzug 7 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft

[11.12.24 22:29:20, 24.5248.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

30. Anzug 8 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Staat und sein Verhältnis zu den Bürgern

[11.12.24 22:29:42, 24.5249.01]



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 42. Sitzung

22:30 Uhr